

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 25.

Berlin, den 21. Juni 1908.

9. Jahrgang.

Kollegen, arbeitet eifrig am Ausbau und der Stärkung des Verbandes!

Inhaltsverzeichnis.

Die Mitglieder- und Kassenverhältnisse der christlichen
Gewerkschaften in 1907. — Das Verdingungswesen der
Stadt Köln. — Struktur und Architektur des Daches. —
Schaubild: Ein „gefallener“ Streikbrecheragent. Christliche Ge-
werkschaften und Landtagswahl in Preußen. Ueber die deutschen
Gewerkschaften. Arbeitgeberverbände und Arbeitsnachweise.
Kriegsflänge aus der sozialdemokratischen Gewerkschafts-
presse. — Wirtschaftliche Bewegung. — Ver-
einigungen. — Jahresbericht des Bezirks Pfalz-Saar-
bier. — Willst du ein christlicher Arbeiter sein. — Ver-
bandsnachrichten: Barmen. Wiesbaden. Danzig. Dülten.
Hannover. Hamburg. Köln. Mühlhausen i. G. Wilhelmshaven.
Bergheim. Siegen. Sohren. Berlin. — Aus unseren christ-
lichen Verbänden. — Soziale Rechtsprechung. — Volkswirt-
schaftliches und Soziales. — Von den Arbeitsstellen. —
Literarisches. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.
Bekanntmachungen. — Versammlungskalender.

Die Mitglieder- und Kassenverhältnisse der christlichen Gewerkschaften in 1907.

Der soeben erschienene Jahresbericht des Gesamt-
verbandes der christlichen Gewerkschaften, der ein Muster
der Uebersichtlichkeit und Sachlichkeit darstellt, gibt einen
einen Einblick in das Leben und Treiben der christlichen
Gewerkschaften. Hier wird der ekklatante Beweis von der
Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der christlichen Gewerks-
chaften erbracht, und dem Gelesenen wird auch der
wichtigste Gegner die Anerkennung nicht versagen können.
Uns interessiert zunächst die Mitglieder- und Kassen-
verhältnisse, da die der sicherste Gradmesser des Fort-
schritts und der Werbefähigkeit sind. Hier konstatiert
der Bericht, daß die Mitgliederbewegung der christlichen
Gewerkschaften im Jahre 1907 verhältnismäßig günstig
gestaltet, wenn sie auch dem Vorjahre gegenüber er-
heblich zurückblieb. Auf die Gründe dafür kommen wir
einer späteren Nummer zurück. Die Mitgliederzahl der
Gewerkschaften, die von christlicher Seite gegründet
worden, und deren Wirksamkeit meist dem Sinne des
Programms der christlichen Gewerkschaften entspricht, be-
trug am Schlusse des Jahres 1907: 365 243; davon ent-
fallen auf die Organisationen, die den Gesamtverband
der christlichen Gewerkschaften bilden, 284 649, auf die
außerhalb des Gesamtverbandes stehenden Verbände 80 594.
Im Jahresdurchschnitt zählten die dem Gesamtverband an-
geschlossenen Verbände 274 323 Mitglieder gegen 247 116
in dieselbe Zeit des Vorjahres. Die Mitgliederzunahme
der Organisationen beträgt somit 27 207, ist gleich
11,02%; auf die Zunahme entfallen 24 731 männliche und
2 476 weibliche Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mit-
glieder betrug im Jahresdurchschnitt 1907: 24 122.

An der Mitgliederzunahme sind sämtliche Verbände
beteiligt; es hatte sonach keine Organisation Mitglieder-
verluste aufzuweisen. Im einzelnen betrug die Zunahme
der Verbände der Textilarbeiter 6183, Bauarbeiter
16, Metallarbeiter 3346, Bayerische Eisenbahner 1957,
Holz- und Transportarbeiter 1613, Heimarbeiterinnen
166, Keramarbeiter 1321, Bergarbeiter 1158, Holz-
arbeiter 1017, Lederarbeiter 953, Maler und Anstreicher
2, Schneider und Schneiderinnen 634, Krankenpfleger
2, Graphische Gewerbe 345, Bäcker 180, Tabakarbeiter
2, Guttenbergbund 98, Bayerische Säbenerbeiter 70,
Gärtner 58. Dem Gesamtverband neu angeschlossen
sind der Verband der deutschen Telegraphenarbeiter,
im Jahresdurchschnitt 1861 Mitglieder zählte.

Außerhalb des Gesamtverbandes stehen gegenwärtig
sechs Verbände. Es sind dieses mit Ausnahme
des Vereins zur gegenseitigen Hilfe ausschließlich Organi-
sationen von Staatsangestellten. In einigen derselben ist
eine starke Strömung zum Anschluß an den Gesamtverband
der christlichen Gewerkschaften vorhanden. Auf dem die
letzten Wochen stattgefundenen Delegiertenkongreß des Ver-
bandes deutscher Eisenbahnhandwerker und -arbeiter be-
trug es seitens des Vorsitzenden der unfairesten Mittel,
den Anschluß zu vereiteln. Dort stimmten die Ver-
treter von 12—15 000 Mitgliedern für den Anschluß, trotz-
dem der Verbandsvorsitzende Herr Holz nicht nur jed-
wede Aufklärung über den Gesamtverband der christlichen
Gewerkschaften sich widersetzte, sondern auch die Delegierten
den größten Unwahrheiten vor dem Anschluß abzu-
reden suchte. Die Anschlußfrage ist für den Verband
der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter in der Haupt-
sache ein Kampf zwischen christlichen Gewerkschaften
und katholischen Fachabteilungen ausgewachsen. Der Vor-
sitzende des Verbandes befindet sich in fieberhafter Stellung
kath. Arbeitervereins Erzieher, wo neben Berlin die
Hauptstädte der kath. Fachabteilungen sitzen. Diese
mit allem Nachdruck den Anschluß zu hintertreiben

und finden in Holz den geeigneten Strohmann zur Durch-
führung ihrer Ziele. Unter den Mitgliedern des Verbandes,
die zudem in der Mehrzahl aus Nichtkatholiken bestehen,
befinden sich kaum 1000, die mit den kath. Fachabteilungen
sympathisieren. Dennoch reklamieren deren Drahtzieher
hinter verschlossenen Türen den Verband als zur kath.
Fachabteilungsrichtung gehörig, um damit den Einfluß
ihrer Gruppe größer als in Wirklichkeit bestehend anzu-
heben. Holz ist pensionierter Eisenbahnfahrlager, Restau-
rateur, Verbandsvorsitzender und Redakteur in ein und
derselben Person. Danach ist es auch mit der Leitung
des Verbandes bestellt. Die Anschlußfrage wird inner-
halb des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker nicht
mehr zur Ruhe kommen; das hat die Entwicklung der
letzten Jahre schlagend bewiesen. Von Personen ist diese
auf die Dauer nicht aufzuhalten.

Auch im Verbands des bayerischen Post- und Tele-
graphenpersonals befindet sich eine starke Gruppe, die auf
den Anschluß an den Gesamtverband drängt; insbesondere
sind dieses die Telegraphenarbeiter und das niedrig ent-
lohnte Personal. Der Anschluß dieses Verbandes wäre
längst getätigt, wenn in den letzten Jahren nicht ein mehr-
facher Wechsel in der Leitung hätte eintreten müssen. 1906
starb der Mitbegründer des Verbandes, Herr Schreiner,
der bis an sein Lebensende den Vorsitz führte, und vor
wenigen Wochen ist ihm auch sein Nachfolger im Amte
im Tode gefolgt. Dazu kommt noch unerwartet ein Wechsel
in der Redaktion des Verbandsorgans. Diese Vorgänge
ließen es ratsam erscheinen, den Verband einstweilen nicht
auch noch mit der Anschlußfrage zu beunruhigen. Mit
den übrigen Organisationen unterhält der Gesamtverband
mehr oder minder enge bzw. lose Verbindungen. Das Ver-
hältnis zu dem Verein zur gegenseitigen Hilfe in Schlesien
hat sich in neuerer Zeit wieder freundlicher gestaltet. Der
Verein hat im letzten Jahre seinen bisherigen Monats-
beitrag von 30 Pf. in einen Wochenbeitrag in gleicher
Höhe umgewandelt. Eine nähere Verbindung erscheint in
nächster Zeit, infolge der hochgehenden Erregung unter
der polnischen Bevölkerung, unangebracht.

Merkwürdig aber, und das ist das Bedeutsame, tritt die
instinktiv gefühlte Notwendigkeit eines engeren Zusamen-
schlusses, zur Erlangung größeren Einflusses, in die Er-
scheinung.

Erheblicher tritt der Fortschritt in der Finanzgebarung
hervor. Die Einnahmen stiegen im stärkeren Verhältnis,
als dieses der Zunahme der Mitglieder entsprechend an-
zunehmen war, der Kassenbestand erfuhr eine bedeutende
Steigerung. Die Einnahmen betragen insgesamt 4 516 418
Mark, die Ausgaben 3 357 338 M., während der Kassen-
bestand auf 3 758 384 M. angewachsen ist. Die Hauptziffern
entfallen naturgemäß auf die dem Gesamtverbande ange-
schlossenen Organisationen. So hat beispielsweise der
Holzarbeiterverband mit rund 11 000 Mitgliedern eine be-
deutend höhere Einnahme, als sämtliche außerhalb des
Gesamtverbandes stehenden Verbände mit über 80 000
Mitgliedern. Von der Finanzgebarung der Organisationen,
die den Gesamtverband bilden, gewinnt man aus den
letzten fünf Jahren folgendes Bild:

	Einnahmen	Ausgaben	Kassenbestand
	M.	M.	M.
1907	4 311 495	3 193 978	3 487 735
1906	3 378 833	2 709 260	2 370 782
1905	2 443 122	2 150 511	1 249 408
1904	894 517	711 670	690 874
1903	678 252	552 447	455 970

Die Einnahmen stiegen somit von 3 378 833 M. auf
4 311 495 M., die Ausgaben von 2 709 260 M. auf 3 193 978
Mark, und der Kassenbestand von 2 370 782 M. auf 3 487 735
Mark gegen 1906. Ueber die einzelnen Einnahme- und
Ausgabeposten gibt Tabelle II Auskunft. Demnach be-
trugen:

Einnahmen:		1907	1906
		M.	M.
Aufnahmegebühren	53 068	59 469	
Beiträge	3 850 527	3 033 217	
Gyrarbeiträge	198 215	107 678	
Sonstige Einnahmen	204 895	170 902	

Ausgaben:		1907	1906
		M.	M.
Verbandsorgan	361 711	275 260	
Agitation	355 155	262 787	
Streiks- u. Gemäßregelungenunterstützung	743 270	853 435	
Reise- und Arbeitslojenunterstützung	51 743	34 464	
Krankengeld	443 035	265 485	
Sterbegeld	99 284	136 994	
Rechtschutz	81 442	61 233	
Sonstige Unterstützungen	32 974	12 494	
Gehälter	96 545	76 631	
Verwaltungsausgaben	143 591	124 977	
Bücherei und Bildungsvereine	25 618	15 208	
Beitrag an den Gesamtverband	45 137	35 470	
Anteil der Lokalkassen	623 114	434 622	

Berrigert gegenüber dem Vorjahre haben sich nur
die Ausgaben an Streik- und Gemäßregelungenunterstützung.
Die scheinbare Verringerung des Sterbegeldes liegt daran,
daß ein Verband das Kranken- und Sterbegeld unter der
Rubrik bucht und die bezüglichen Gesamtausgaben im vor-
gen Jahre unter „Sterbegeld“ angegeben waren, dieses
Jahre dagegen unter „Krankengeld“ rubrizieren. In
Wirklichkeit ist die Ausgabe an Sterbegeld im 1907
höher als im Vorjahre. Die Ausgaben an
Unterstützungen weisen naturgemäß von Jahr zu Jahr
eine steigende Tendenz auf. Ehemals war der Beitrag
in den christlichen Gewerkschaften so niedrig, daß Unter-
stützungen kaum gewährt werden konnten. Die Einnahmen
aus später vorgenommenen Beitragserhöhungen mußten
hauptsächlich zu Streikzwecken verbraucht werden. Die auf-
steigende Konjunktur, insbesondere in den Jahren 1905/06,
stellte diesbezüglich an die christlichen Gewerkschaften große
Anforderungen. Allmählich gelangte aber auch in der
christlichen Gewerkschaftsbewegung das übrige Unter-
stützungswesen zu seinem Rechte; in 1907 wurden für
andere Unterstützungsarten ähnlich hohe Aufwendungen ge-
macht als für die Streik- und Maßregelungenunterstützung,
was aus folgender Zusammenfassung hervorgeht. Ins-
gesamt verausgabten die christlichen Gewerkschaften an
Unterstützungen in den Jahren:

	Insgesamt	Streiks- und Gemäßregelungen- unterstützung	Sonstige Unterstützungen
	M.	M.	M.
1907	1 451 740	743 270	708 478
1906	1 364 105	853 435	510 670
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1904	211 215	133 362	77 853
1903	202 728	155 030	47 698

Die Streik- und Gemäßregelungenunterstützung ist selbst-
verständlich eine schwankende. Die dafür notwendig wer-
denden Aufwendungen lassen sich in einem Jahresetat
von vornherein nicht übersehen, bei ihnen spielen stets eine
Anzahl unvorhergesehener Fragen und Zufälligkeiten mit.
Die Aufwendungen für andere Unterstützungsarten da-
gegen sind anhaltend steigend; auch in den nächsten Jahren
müssen die christlichen Gewerkschaften in verstärktem Maße
mit diesem Umstande rechnen. Die Arbeitslojen- und Kran-
kenunterstützung haben im letzten Jahre neu eingeführt
die Tabakarbeiter. Arbeitslojenunterstützung gewähren
nunmehr folgende acht Verbände ihren Mitgliedern: Berg-
arbeiter, Metallarbeiter, Hilfs- und Transportarbeiter,
Holzarbeiter, Tabakarbeiter, Lederarbeiter, Guttenbergbund
und der Verband für das graphische Gewerbe. Die Mit-
gliederzahl dieser Verbände betrug am Jahreschlusse 1907
rund 147 000. Krankengeld erhalten die Mitglieder folgen-
der Verbände: Bergarbeiter, Bauarbeiter, Textilarbeiter,
Metallarbeiter, Hilfs- und Transportarbeiter, Holzarbeiter,
Tabakarbeiter, Lederarbeiter, Schneider, Maler, Gutten-
bergbund, Telegraphenarbeiter, Bäcker und der Verband
für das graphische Gewerbe; deren Mitgliederzahl betrug
Ende 1907 circa 241 000.

Das Beitragswesen weist in der christlichen Gewerk-
schaftsbewegung eine große Verschiedenheit auf. Es finden
sich Quartals-, Monats-, Wochen-, Einheits- und Staffel-
beiträge. Das Wochenbeitragsystem ist allerdings bei wei-
tem überwiegend. Den höchsten Beitrag leisten die Mit-
glieder des Guttenbergbundes mit 90 Pf. wöchentlich; den
niedrigsten die bayerischen Eisenbahner mit 80 Pf. pro
Quartal; die letzteren haben allerdings, um sich Unter-
stützungen zu sichern, noch besondere Zuschlagsbeiträge zu
entrichten. Von 20 Verbänden erhoben 16 einen Wochen-
beitrag, davon acht einen Einheits- und acht einen Staffel-
beitrag, der je nach dem Verdienst verschieden ist. Einen
Monatsbeitrag erheben nur noch die Krankenpfleger, Heim-
arbeiterinnen und die bayerischen Säbenerbeiter.

Das Fundament einer Organisation, die den Zweck
hat, die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu ver-
treten, sind ohne Zweifel geordnete und solide Kassenver-
hältnisse. Die christlichen Gewerkschaften befinden sich
auf dem besten Wege hierzu. Ein Beweis für die stet-
gende Opferwilligkeit in der richtigen Erkenntnis, daß
darin das Geheimnis zum Erfolg liegt.

Das Verdingungswesen der Stadt Köln

Es soll nach den Mitteilungen der Tagespresse eine Neu-
regelung erfahren. Bei Vergebung städtischer Arbeiten
sollen in erster Linie die ortsanfässigen Handwerksmeister
und Firmen berücksichtigt werden. Das ist durchaus zu
begrüßen, denn das entspricht dem sozialen Volksempfinden
und oft geäußerten Wünschen. Leider hat man bisher
der ortsanfässigen Arbeiterschaft eine solche Berücksichtigung
nicht zuteil werden lassen. Im Gegenteil, es wird die
einheimische Arbeiterschaft zugunsten von ausländischen

Arbeiter zurückgeführt. Das wird namentlich bei der jetzigen klauen Bautätigkeit von den Arbeitern als ein schreiender Mißstand empfunden, der dringend der Abhilfe bedarf. Das um so mehr, als diese Zustände nicht nur auf städtischen, sondern auch bei staatlichen Bauten sich zeigen. Hierfür nur einige Beispiele.

Die Firma Gebr. Meyer (Ruhrort) führt zurzeit die Arbeiter an der neuen Werftanlage am Holzmarkt aus. Dort tritt dieser Mißstand besonders kraß zutage. Nicht nur, daß auf dieser Baustelle deutsche Arbeiter fast gar nicht eingestellt werden, es arbeiten dort größtenteils Italiener; selbige Firma regelt auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Arbeiter in einer Weise, die den tariflichen Abmachungen im hiesigen Baugewerbe geradezu hochnötig ist. Der Kölner Tarif für das Baugewerbe sieht eine normale Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden vor, bei einem Stundenlohn von 60 Pf. für Maurer und 50 Pf. für Hilfsarbeiter. Die Firma Meyer dagegen hat eine 11stündige, teilweise sogar eine 12stündige Arbeitszeit eingeführt bei Löhnen, die bis 10 Pf. pro Stunde niedriger sind, als die angeführten Tariflöhne.

Interessant ist es nun, zu beobachten, wie bei dem jetzigen hohen Wasserstand, wo die Arbeiten teilweise ruhen mußten, die wenigen deutschen Arbeiter, die noch dort beschäftigt waren, von einem Tag auf den anderen mit ihrer Wiedereinstellung vertröstet werden, wohingegen die ausländischen Arbeiter weiterarbeiten dürfen und noch ganze Kolonnen derselben neu eingestellt werden.

Eine sehr billige Ausrede besitzen Unternehmer dieser Art des öfteren als Entschuldigung ihrer großen Vorliebe für ausländische Arbeiter dahin, daß der deutsche Arbeiter für die in Betracht kommenden Arbeiten nicht so geeignet sei, als zum Beispiel der italienische Arbeiter. Dem ist jedoch durchaus nicht so. Man stelle nur einmal einen Kölner Grund- bzw. Bauhilfsarbeiter einem italienischen Hilfsarbeiter gegenüber, des weiteren einen in Bruchsteinen behandelten deutschen Maurer entgegen einem Maurer aus Italien, dann wird selbst der Laie zu dem Urteil kommen müssen, daß es mit diesem Einwand nichts ist. — Nein, des Rätsels Lösung ist die, daß man deshalb mit Vorliebe italienische Arbeiter beschäftigt, weil sie eben ein „billigeres“ Arbeitermaterial sind, und daß die Leute eben mit all demjenigen sich zufrieden geben, was ihnen als Lohn gezahlt wird, und mag derselbe noch so knapp bemessen sein.

Die Kommission der Stadtverordneten, welche das Verdingungswesen regelt, würde sich den Dank der Kölner Bauarbeiterschaft erwerben, wenn sie einmal hier nach dem Rechten sehen würde. Aber nicht nur im Interesse der Arbeiter liegt es, daß hier Remedur geschaffen wird, sondern auch erfordert es die Gerechtigkeit gegenüber den Kölner Baugeschäften und Unternehmern, welche nimmermehr auf zwei weitere Jahre mit den hiesigen Arbeitern ein Tarifverhältnis eingegangen sind. Auch die Geschäftswelt hat ein Interesse daran, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht arbeitslos und ohne Einkommen auf der Straße liegt, während andere das deutsche Geld ins Ausland jätzen.

So wie hier die Verhältnisse liegen, sind dieselben ziemlich überall. Z. B. bei den hiesigen Brückenbauten hat die Firma Grün u. Biffinger (Mannheim) größtenteils ausländische Arbeiter in Beschäftigung. Vorwiegend findet man überhaupt dieses System bei den Bauten der Eisenbahnverwaltung. So auch in Opladen beim Bau der Eisenbahnwerkstätten sind fast ausschließlich Ausländer beschäftigt. Auch hier sind die deutschen Arbeiter entlassen worden und an deren Stelle „billige“ Ausländer eingestellt worden. Die betroffenen einheimischen Arbeiter wurden beschwerdeführend vorstellig bei der Eisenbahndirektion in Elberfeld. Hier hatte man nur den Trost für sie, falls sie nicht in Opladen beschäftigt werden könnten, würde es auswärts, evtl. in Düsseldorf noch wohl Arbeitsgelegenheit geben. Also verheiratete, ortsanfässige Familienväter aus Opladen werden nach auswärts geschwiegen, während Ausländer an ihrem Orte die Arbeiten ausführen.

Diese Maßnahmen stehen in direktem Widerspruch mit einer Verfügung aus jüngster Zeit des Ministers für öffentliche Arbeiten. Derselbe besagt, daß die Behörden der allgemeinen Bauverwaltung angewiesen würden, im Falle eines hervortretenden Bedürfnisses, auf die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit Bedacht zu nehmen. Des ferneren heißt es ausdrücklich in der Verfügung, die Verwendung ausländischer Arbeiter soll, damit die Arbeits-

gelegenheit tatsächlich den einheimischen Beschäftigtenlosen Arbeitern zugute kommt, vermieden werden. — Diese Verfügung sollte nicht nur für die Arbeiten im Eigenbetriebe der Bauverwaltung gelten, sondern auch für die Unternehmerarbeiten.

Mögen diese Zeilen dazu führen, daß von maßgebender Stelle aus eine Aenderung getroffen wird. Es kann nicht anstehen, daß ortsanfässige Arbeiter beschäftigungslos ohne Verdienst dastehen, daher auswärts ihrem Broterwerb nachgehen müssen, und von ihrem Heimatsorte verdrängt werden.

Im allgemeinen haben die deutschen Arbeiter nichts dagegen, daß ausländische Arbeiter auch hier ihren Verdienst haben, jedoch die deutsche Arbeiterschaft kann nicht ruhig zusehen, wenn sie durch ausländische Arbeiter verdrängt wird.

Rundschau.

Ein „gefallener“ Streikbrecheragent. Es dürfte noch in frischer Erinnerung sein, daß sich vor kurzer Zeit ein gewisser Maurermeister Otto Genske, der sich als Mitglied des deutschen Arbeitgeberverbandes gerierte, den Unternehmern in ganz Deutschland zur Lieferung von Arbeitswilligen anbot. Er schaffte Arbeitswilligenbureau in Niederschreibshau, Zeitz, Lagenau und Ostrowo. Als Kopfgeld verlangte er 5 M pro Mann und freie Reise. Selbst ein Abonnement zur Lieferung von Arbeitswilligen war bei ihm gegen 30 M pro Jahr zu haben. Er brachte auch Anerkennungs schreiben seiner Tätigkeit, so von R. Pehold in Wunsdorf, von Hubert und Ulrich in Finsterhagen, von Meißler in Buttschütz und von Sichtenberg in Gronau bei Hannover. Nun ist diese „Größe“ gefallen; er wurde wegen Fiktionschwindeln verhaftet. Er suchte für seinen „Betrieb“ kautionsfähige Buchhalter, Lagerverwalter und Transporter. Er verlangte von diesen eine Kautions von 300—500 M, mit der Begründung, daß sie in die Lage kämen, in Streitgebieten mit größeren Lohnsummen zu reisen. Nun wollte er sogar die behördliche Sanktion seines Betriebes erhalten, und das wurde ihm zum Verberben. Die Kriminalpolizei hat sich nämlich erst einmal seinen „Geschäftsbetrieb“ näher angesehen, und da entdeckte sie, daß er bereits 8200 M Kautionsgelder für sich verbraucht hatte. Er wurde nun in „behördlicher Schutz“ genommen, aber anders, als er es sich gedacht hatte. Manche Arbeitgeber haben damit einen „unerklärlichen Verlust“ erlitten. Hoffentlich tröstet sie sich. Ein neuer Beweis, aus welchem Material sich die Streikbrecheragenten und ihre Helfer rekrutieren. Sie transit gloria mundi. (So endet der Ruhm dieser Welt.)

Christliche Gewerkschaften und Landtagswahl in Preußen. In einem Artikel „Der Wahlkampf im Industriegebiet“ schreibt die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Nr. 583 vom 31. Mai: „Hier im Industriegebiet tritt immer mehr die Erscheinung zutage, daß bei allen größeren Wahlkämpfen freie und christliche Gewerkschaften zusammenhalten, und auf die Nationalliberalen schlägt man und die Industrie meint man.“

Wir haben in dem Artikel nach Beweisen für den gemachten Vorwurf gesucht, aber auch nicht eine Spur davon entdeckt. Wir haben sämtliche christlichen Gewerkschaftsorgane durchsucht, haben auch da noch nicht einmal eine Erwähnung der preussischen Landtagswahl gefunden. Wir haben Erkundigungen im Industriegebiet selbst eingegeben, und auch diese waren vollständig negativ Natur. Wozuf führt nun die „Kölnische Zeitung“, die wir immer für ein vornehmliches liberales Blatt gehalten haben, ihren verleumderischen Vorwurf? Wir müssen da unbedingt verlangen, daß genanntes Organ mit seinen Beweisen heranzückt, wenn es nicht den Vorwurf der Leichtfertigkeit und der Verleumdung auf sich laden will. Die christlichen Gewerkschaften sind politisch neutral und haben sich immer in diesem Sinne betätigt. Wer die Wahrheit sucht, wird das bestätigen müssen, wenn er nicht unter dem Eindruck einer Wahlmiederlage durch eine getrübbte Willie sieht und unter diesem Eindruck schreibt. Darin liegt aber die Gefahr der Ungerechtigkeit, und ungerecht sollte man auch in der Politik nicht sein.

Heber die deutschen Gewerkschaftskartelle bringt das Korrespondenzblatt der „Kommunistischen Kommission der freien Gewerkschaften“ (Nr. 22) in einer besonderen statistischen Beilage eine interessante Zusammenstellung. Danach gab es im Jahre 1907 insgesamt 587 sozialdemokratische Gewerkschaftskartelle, 161 der

Sirach-Dunderschen Gewerkschaften und 184 der Christlichen Gewerkschaften. Gerade die Kartelle der Letzteren haben in letzten Jahren eine nicht unerhebliche Vermehrung erfahren. Allgemein Interesse sind die Ausführungen über die Gliederbewegung in den „freien“ Gewerkschaften im letzten Es heißt darüber: Die Mitgliederzunahme in den deutschen Gewerkschaften hat im Jahre 1907 nicht in dem Maße angefallen wie in den Jahren 1903 bis 1906. Die wirtschaftliche macht sich sogar in einem beträchtlichen Rückgang der Mitgliederzahlen in einigen Großstädten deutlich bemerkbar. Berlin und Umgebung ging z. B. die Mitgliederzahl der Berliner Gewerkschaftskommission vertretenen Organisations von 252 069 im Jahre 1906 auf 235 169 im Jahre 1907. Charlottenburg von 7910 auf 6733 und in Hildesheim von auf 9290 zurück. Insgesamt beträgt der Verlust an Mitgliedern in den genannten drei Städten 18 326. Vor dem Verlust in besonders die Organisationen des Baugewerbes und der Baubetriebe betroffen. Einen Mitgliederverlust, wenn in geringerem Maße, haben auch einige andere Großstädte verzeichnen. So ist in Breslau die Mitgliederzahl der Kartell vereinigt Organisationen von 27 000 auf 26 000, in Köln von 19 000 auf 18 000, in Dresden von 42 000 auf 41 000 zurückgegangen.

Arbeitgeberverbände und Arbeitsnachweise. Die 5. Stelle deutscher Arbeitgeberverbände haben 27. Juni nach Berlin zu einer Arbeitsnachweis Konferenz ein. Die Tagesordnung umfaßt unter anderem: Beschäftigung der ausländischen Arbeiter in der Industrie; richterlicher: Herr Regierungsdirektor Dr. Kobenstein. Die Stellung der Arbeiterorganisationen zu den Arbeitsnachweisen (Berichterfasser: Herr E. Rothsch-Schmidt), Arbeitsnachweis im Buchdruckgewerbe (Berichterfasser: Herr Generalsekretär Dr. Wagner-Berlin), Die Forderung auf den Arbeit bei Arbeitsfreitigkeiten (Berichterfasser: Herr Dr. Dr. Köppler-Berlin). Es gewinnt den Anschein, die Arbeitgeberverbände diese Konferenz zu einem kongruenten Vorgehen bez der Arbeitsnachweise aufersehen haben. Besagte Verbände in den Arbeitsnachweisen lediglich ein Mittel erblicken, so würde das eine Verschärfung des Streites die Nachweise bedeuten. Um so gebietlicher wird eine liche Reform des gesamten Arbeitsnachweisgebietes sich merkbar machen.

Pfingstfeste und der sozialdemokratischen Gewerkschaftspressen. Haben die sozialistischen Gewerkschaftsblätter zum Pfingstfeste etwas Besonderes zu sagen? Wenn es ist, daß der Sozialismus von den Gewerkschaftlern nicht als Wirtschaftssache, sondern als Weltanschauung empfunden wird, begrifflicherweise ja. Wir finden diese sozialistische Anschauung in Poesie und Prosa ausgedrückt. Am liebsten wohl äußert sie sich diesmal in einem Artikel „Pfingstgedanken im Organ des „deutschen“ Buchbinderverbandes, der „Bücherzeitung“ (Nr. 23). Wir begegnen hier zunächst bekannten. Anklage gegen das heutige kirchliche Christentum, sei nicht mehr das ursprüngliche. Es sei zur starren dogmatischen Kirchenlehre geworden; die Verkünder und Befechter des kirchlichen Christentums nähmen sich nicht mehr der Armen, Kranken, Mitleidigen und Beladenen an; sie hätten sich Mittel des Besitzes und des Reichthums begründet. Wir wie unbegründet diese Anklagen sind und wie wenig die des Christentums verliert wird, wenn auch Träger des „Christ“ soziale Pflichten vernachlässigen. Dessen kirchlichen Christentum von heute stellt die „Bücherzeitung“ eine bere Weltbese entgegen:

„Eine neue Weltbese, wissenschaftlich gegründet und stehend auf den ehernen Tatsachen wirtschaftlicher Entwicklung, ist in der Ausbreitung begriffen und in ihrem Bann die ganze zivilisierte Menschheit: Der Sozialismus. Er erhebt in wirtschaftlicher Hinsicht veraltete Banner der alten Apostel und Märtyrer, er die schöne Erde allen Menschen geben. Er bekämpft Volkstausbeutung in jeglicher Gestalt und will ein will freies und glückliches Menschengeschlecht.“

„Die neue und wahre Religion der Menschheit sei der Sozialismus. Es ist nur schade, daß es die neuen Religionsveränderer nicht gegeben ist, die Bewirkung ihres Traumes zu schauen. Wenn man an dem Menschentum und an der Menschheitsentwicklung so herumexperimentieren könnte — was aber nicht geht — so müßte das Experiment einmal gemacht werden. Wir glauben, diese Bewirkung würde die Nächsterneheit bringen und den neuen Erlös würde zuletzt ob ihrer Gottähnlichkeit — hangel!

Baupfand und Krise. In der vorigen Nummer „Baugewerkschaft“ brachten wir einen Bericht der „Arbeitsnachweise“ über die bestehende matte Bautätigkeit. unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Krise die Grund- und Bodenpreise fallen würden, war vorauszu sehen. Das neu und die Baupfandanten und Gesellschaften kräftig nützen zu wollen, wie aus einer Mitteilung obengenannter Korrespondenz hervorgeht. Sie schreibt:

Struktur und Architektur des Daches.

Von Fred Hood.

Kachdruck verboten.

I.

Die Ziegel- und Schieferdächer unserer modernen Gebäude, und zwar namentlich in den Großstädten, machen ganz den Eindruck, als wären sie aus einem großen, festen Material zurecht geschnitten und nicht aus lauter kleinen, schuppenartig übereinander geschobenen Platten gebildet. Mater, welche alle Städtebilder zum Gegenstande ihrer Darstellung machen, werden dem Beschauer immer die charakteristischen Linien der Dächer zeigen, welche in der Tat den alten Städten ein ganz besonderes Gepräge geben. Man wende mir nicht ein, daß unsere großstädtischen Häuser zu hoch seien, als daß sie die Erscheinung der Gebäude wesentlich beeinflussen könnten. Die Architektur ist doch nicht nur für die Straßenpassanten da; wir betrachten die Häusergruppen auch von unserem Fenster aus, aus dem zweiten und dritten Stockwerke, und da sehen wir, wie vieles die Dächer verderben können. Die Szene soll nicht nur für das Parterre, sondern billigerweise auch für den ersten, zweiten und dritten Rang berechnet werden.

Was ist denn an den alten Dächern so schön, daß uns der Mater so gern von oben herab in die Städte blicken läßt? Ist es nur die feine Harmonie der Farben, dieses reizvolle Spiel zwischen dem wechselnden Rot der Dächer und dem grünen Schimmer, dem sie bedeckt? Es ist auch die Gestalt des Daches, dessen Fläche sich in scheinbar weilder Bewegung befindet. Diese alten Dächer sind nicht hart und fest, als wären sie aus dicker Pappe oder Eisenblech geschnitten, sondern sie schließen sich leicht den

konstruktiven Formen an, wie ein Mantel, der die Glieder eines Körpers bedeckt. Und so soll ja auch ein Dach sein. Es ist die Decke, die wir über das Haus breiten, getragen von den festen konstruktiven Teilen, welche sich naturgemäß an der First, den Kehlen und Graten abzeichnen. Was ist denn das Dach anders als die Decke, ausgeführt in dauerhaftem Material? Wenn ich aber eine Decke über ein festes Gerüst breite, dann entstehen keine scharfen Kanten und Winkel, wie beim Falzen von Pappe oder Zink, sondern leicht gewölbte, faltige Flächen — alles ist rund, biegsam, weilig, nicht hart und fest, wie man das bei den modernen Dächern so häufig sehen kann. Warum wird denn das Dach so furchtbar korrekt gearbeitet?

Die alten Dachdecker waren zum Teil vortreffliche Künstler — vielleicht nur deshalb, weil ihnen kein gar so treffliches Material zur Verfügung stand. Sie konnten auch noch nicht so viele besondere Hilfsmittel, um die Kehlen wasserdicht einzudecken; so mußten sie mit ihrem gewöhnlichen Material immer fester arbeiten lernen. Schiefer und Dachsteine von geringer Flächenabnehmung bilden aber auch ein geeignetes Material, um dem Dache den weichen, weiligen Charakter zu geben. Zwar bilden sie keine Decke in dem sonst gebräuchlichen Sinne, aber doch immerhin einen Schuppenpanzer, welcher sich ebenso gut dem Körper anschmiegt, wie ein Stoff aus weichem Material. Wirklich, die Eindeckung der Dachkehlen bei alten Gebäuden allein aus schmalen, entsprechend zugehauenen Dachsteinen gebildet, zeugen von einer eigenartigen Kunstfertigkeit der alten Dachdecker, die wieder ihnen die Arbeit häufig zu leicht, indem man ihnen Zink und Blei als Hilfsmittel verweigert, obwohl sie mit den

schmalen Schiefertafeln ganz gut auszukommen vermögen. Dazu kommt, daß auch in konstruktiver Hinsicht die Verbindung der Steine an den Kehlen am günstigsten ist, dem Wasser am wenigsten Gelegenheit bietet, einzudringen.

Es ist nicht zu verkennen, daß gerade unsere Dächer, mit Maschinen gepreßten Dachsteine dem Dache sein charakteristisches Gepräge gabraut haben. Ich hat nun dies sehr wohl empfunden und sich bemüht, Dachflächen die unerwünschte Härte und Regelmäßigkeit zu nehmen, indem man die Falzziegel mit allerlei Kehlen und Rippen versah. Aber dadurch wurde das Dach nicht befeuchtet; ein Stein sieht wie der andere aus, alles ist so furchtbar fein aufeinander geschoben und jamnengepreßt, daß eben der Eindruck einer großen, unterbrochenen harten Platte hervorgebracht wird. Das mannigfache Farbenspiel der alten Dächer suchte nachzuahmen. Ich möchte aber nicht behaupten, daß durch die umfassende Verwendung glasierter Ziegel die Ausführung farbiger geometrischer Muster auf Dachflächen die Aufgabe in glücklicher Weise gelöst wurde; das Gegenteil ist der Fall. Die geometrischen Muster zeigen ja besonders deutlich die peinliche Kortheit der Dachsteine und die öde Einförmigkeit der Flächen. Bei den gewöhnlichen Handstrich-Dachsteinen wohl auch ein Muster hergestellt; aber es entsteht zufällig, und die Zufallseffekte verleihen diesem seinen Reiz. Bei diesen gewöhnlichen Steinen ist zum die Struktur der Oberfläche eine völlig ungleichmäßige wie sich dies aus der Natur der Handarbeit von sich ergibt. Die Steine sind auch alle mehr oder minder wölbt, wodurch sich ein leichtes Spiel von Licht und Schatten zeigt, das aber nicht die herben Kontraste die Falzziegel dächer zeigt.

„Mit der zunehmenden Erleichterung des Geldmarktes beginnt auch im Baugeschäft wieder mehr Unternehmungslust sich zu regen. Es wurden während des Mai 55 Bau- und Terraingesellschaften als Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. neu gegründet, die zusammen ein Grundkapital von 8,7 Millionen M repräsentieren. Dazu kommen noch 2 Gesellschaften, deren Kapital erhöht wurde, so daß insgesamt 10,9 Millionen M im Baugewerbe neu investiert wurden gegen 7,9 im Vormonat und 8,0 Millionen im Vorjahre. Es ist nicht so sehr die Zunahme des neuinvestierten Kapitals, als vielmehr die Zahl der Neugründungen, die auf eine Belebung der Unternehmungslust schließen läßt; wurden doch im Mai nicht weniger als 55 Gesellschaften gegen 38 im April und nur 29 im Mai 1907 gegründet. Die Belebung der Unternehmungslust läßt auf die Gestaltung der gegenwärtigen Bautätigkeit freilich noch keinerlei Schlüsse zu, sie stellt nur vielmehr eine Beförderung für spätere Zeit in Aussicht. Bei der augenblicklichen Chance, Baugrundstücke billig zu erwerben, regt natürlich die Geldflüssigkeit dazu an, diese Chance auszunutzen und sich billige Terrains zu sichern. Da aber das Bauen noch hinausgeschoben werden kann und die Baukosten noch gering ist, so bleiben die Terrains vorläufig noch unbebaut. Die meisten Gründungen sind auf Spekulation zurückzuführen: es werden Terraingesellschaften gebildet, um die Grundstücke billig anzukaufen, um sie zur Zeit günstigerer Baukonjunktur gewinnbringend zu verkaufen. Unter den im Mai in das Handelsregister eingetragenen Neugründungen von Terraingesellschaften befinden sich einige mit einem erheblichen Grundkapital. Da ist die Bergische Terraingesellschaft in Wachen zu nennen, die mit einem Kapital von 2,99 Millionen Mark gegründet wurde. Weiter ist die Westfälische Bodengesellschaft zu nennen, die Bodengesellschaft Wilhelmshaven-Want. Bei allen diesen Gesellschaften, die durchweg in der Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung gebildet sind, beträgt das Grundkapital mehrere hunderttausend Mark.“

Die hier gekennzeichnete „Unternehmungslust“ geht mit auf doppelte Ausdehnung aus: Die gegenwärtige schlechte Konjunktur mit den gesunkenen Preisen, und die künftige bessere Konjunktur mit den hochgekauften. Daß das Baugewerbe die besten dieser Treiberer zu tragen hat, ist selbstverständlich, und werden sich die Einwirkungen davon schon früh genug zeigen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Zugang fernhalten: Weihenburg i. G., Aussperrung (Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Rheinland und Westfalen (Messenleger). Gesperrt ist das Baugeschäft Herrmann in Bischofsheim, Dillr., Saalgau, Württemberg. Godesberg a. Rh., Perre über die Firma Westen, Goshütz (Maurer).

Rheinisch-westfälisches Tarifgebiet.

Der Streit der Plattenleger in Rheinland und Westfalen ist eine unwesentliche Verringerung erfahren, indem die vom Arbeitgeber angebotene Gesamtansperrung auch durch Beschluß, verpflichtet waren, vom 25. Mai ab die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Plattenleger zu verschlechtern, was teils am 25. Mai, teils später von den einzelnen Arbeitnehmern auch angekündigt wurde, und diese dann von den Arbeiterorganisationen gesperrt wurden, hatte diese Ansperrung wenig Bedeutung und kam nur in Hamm, wo sieben Legearbeiter beschäftigt sind, in Frage. An dieser Bewegung beteiligt sind Plattenleger, wovon sich 518 im Abwehrkampf befinden bzw. gesperrt sind. Hervorzuheben ist noch, daß die Arbeitgeber unrichtige und entstellte Berichte über diese Bewegung in die Presse lancieren. Immer wieder wird hervorgerufen, die Plattenleger streikten deshalb, weil ihnen ihre Forderung von 75 Pf. Stundenlohn nicht bewilligt sei und ist betont, daß die Arbeitgeber sich erboten hätten, 72 Pf. zu zahlen, was für verschiedene Orte eine Erhöhung bis zu 7 Pf. pro Stunde bedeute. Demgegenüber wollen wir nochmals feststellen, daß die Plattenleger deshalb in den Abwehrkampf getreten sind, weil ihnen ihre Stundenlöhne um 2-10 Pf., die Lohnzulagen um die Hälfte, die Abfordpreise um 30, bis 50 Prozent gekürzt und die Arbeitszeit durchschnittlich um eine Stunde verlängert werden sollte, und weil ferner ihnen alle jene Bestimmungen, die der frühere Mustertarif des Arbeitgeberverbandes enthielt, aber für die übrigen Berufe des Baugewerbes beibehalten sind, aufgewungen werden sollten. Bemerken möchten wir auch, daß bisher im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein Stundenlohn von 72 Pf. (in Köln ein solcher von 80 Pf.) gezahlt wurde. Nur in Hagen, Hamm und Dortmund wurden 65 Pf., außerhalb der Stadt Dortmund aber 75 Pf. gezahlt.

Von Arbeitgeberseite wird ferner behauptet, daß sowohl in Essen wie in Düsseldorf die am Tage fertiggestellten Plattenarbeiten nachts von den Streikenden wieder zerstört und beschädigt worden seien. Beweise bleibt man aber schuldig. Diese Verdächtigungen weisen wir mit der größten Entschiedenheit zurück und erklären, daß wir die organisierten Plattenleger nicht nur hoch schätzen, als daß wir sie soch verwerflicher, niedriger und unmoralischer Handlung, welche die ganze Arbeiterbewegung in Mitleidenschaft bringen könnte, für fähig halten.

Ist die elende Tat wirklich geschehen, dann verurteilen wir dieses mit der größten Entschiedenheit und würden es mit Freuden begrüßen, wenn die Täter, welche die streikenden Plattenleger in der breiten Öffentlichkeit im hohen Grade beschimpfen und herabwürdigenden in der Lage sind, aufgegriffen oder erbeutet würden.

Bezirk Köln.

Neuwied, 6. Juni. Im August v. J. kamen auch die Kreise Neuwied beschäftigten Maurer und Hilfsarbeiter zu dem Erkenntnis, daß es nicht angeht, sich der Arbeiterorganisation gegenüber noch länger absehnend zu verhalten. Diese Erkenntnis kam, nachdem die Kollegen in Udenach durch den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter einen schönen Sieg errungen hatten. Mit Begeisterung agitierte in jeder so für die Organisation, daß es nur noch vereinzelt unorganisierte gab. Diese Begeisterung war leider nicht bei allen Kollegen Überzeugung, sondern es war bei vielen mehr eine vorübergehende Begeisterung, um sich schnell einen höheren Lohn und geregelte Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Von den großen Aufgaben (Gleichberechtigung und dergl.) wurden diese nicht beachtet. Das beweist das Verhalten eines Teils der Kollegen in Udenach und Leutesdorf. Von Massenbewegungen und Solidarität keine Spur, aber egoistisch bis auf die Knochen. Nachdem die Kollegen im vorigen Jahre der Organisation beigetreten waren, wurde den Unternehmern sofort eine Lohnforderung unterbreitet. Unser Zentralvorstand hatte auch schon die Bewilligung zu einem eventuell notwendigen Lohnkampf gegeben. Anders war es bei den anderen Verbänden. Die Arbeitgeber traten, nachdem ihnen die Forderung unterbreitet war, vom ganzen Kreise zusammen. Sie gebrauchten mehrere Versammlungen, um sich über ihre Stellungnahme klar zu werden, da sie beabsichtigten, die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für den ganzen Kreis Neuwied, Birkelmeiser, Engers, Wendorf, Leutesdorf, Söbningen und Ding, gemeinsam vorzunehmen. In den stattgefundenen Verhandlungen kam es nicht gleich zur Einigung, so daß immer wieder von neuem Beschlüsse gefaßt werden mußten. Dadurch lag die Angelegenheit in die Länge, und so wurde es zu spät, um einen siegreichen Kampf zu führen. Die Lohnbewegung wurde daher bis zum Frühjahr 1908 vertagt. Es sollte jedoch die Verbindung mit den Meistern resp. Arbeitgeberverband aufrechterhalten werden. Unsererseits ist dieses auch geschehen, während von den sozialdemokratischen Verbänden dieses nicht geschah. Die Einigung scheiterte in der Hauptsache aus dem Grunde, daß die Unternehmer statt eines allgemeinen Lohnes einen Höchstlohn festlegen wollten. Im Herbst fand uns der Arbeitgeberverband einen einseitig aufgestellten Tarif zu, mit dem wir, wir sollten mitteilen, ob wir denselben unverändert anerkennen wollten oder nicht. Eine nachgesuchte gemeinsame Verhandlung über die strittigen Punkte wurde strikte abgelehnt. Dieses Frühjahr konnte sofort nichts unternommen werden, weil erstens die Konjunktur noch sehr ungünstig war, und zweitens der Ausgang der allgemeinen Lohnbewegung abgewartet werden mußte. Nachdem letztere nunmehr erledigt ist, haben gemeinsame Sitzungen der Lohnkommissionen der in Frage kommenden Organisationen stattgefunden. Es wurde nunmehr der Beschluß gefaßt, an den Arbeitgeberverband ein Schreiben zu richten, in welchem an die im vorigen Jahre eingereichten Forderungen erinnert, und um erneute Verhandlung gebeten wird. Dadurch sind wir wiederum in die Lohnbewegung eingetreten.

spät, um einen siegreichen Kampf zu führen. Die Lohnbewegung wurde daher bis zum Frühjahr 1908 vertagt. Es sollte jedoch die Verbindung mit den Meistern resp. Arbeitgeberverband aufrechterhalten werden. Unsererseits ist dieses auch geschehen, während von den sozialdemokratischen Verbänden dieses nicht geschah. Die Einigung scheiterte in der Hauptsache aus dem Grunde, daß die Unternehmer statt eines allgemeinen Lohnes einen Höchstlohn festlegen wollten. Im Herbst fand uns der Arbeitgeberverband einen einseitig aufgestellten Tarif zu, mit dem wir, wir sollten mitteilen, ob wir denselben unverändert anerkennen wollten oder nicht. Eine nachgesuchte gemeinsame Verhandlung über die strittigen Punkte wurde strikte abgelehnt. Dieses Frühjahr konnte sofort nichts unternommen werden, weil erstens die Konjunktur noch sehr ungünstig war, und zweitens der Ausgang der allgemeinen Lohnbewegung abgewartet werden mußte. Nachdem letztere nunmehr erledigt ist, haben gemeinsame Sitzungen der Lohnkommissionen der in Frage kommenden Organisationen stattgefunden. Es wurde nunmehr der Beschluß gefaßt, an den Arbeitgeberverband ein Schreiben zu richten, in welchem an die im vorigen Jahre eingereichten Forderungen erinnert, und um erneute Verhandlung gebeten wird. Dadurch sind wir wiederum in die Lohnbewegung eingetreten.

Bezirk Münster.

Coesfeld. Am Montag, den 1. d. M., fanden hier Verhandlungen zwecks Neuregelung des am 1. Mai d. J. abgelaufenen Tarifvertrages statt. Die Herren Arbeitgeber waren auch hier der Ansicht, daß der Berliner Schiedspruch für Coesfeld in Kraft treten müßte. Wir konnten uns diesem nicht anschließen, da die Arbeitgeber erst Mitte Mai dem Arbeitgeberbunde beigetreten waren. Es gelang denn auch, eine kleine Lohnerhöhung zu erzielen. Für Maurer erhöht sich der Lohn ab 4. Juli d. J. um 1 Pf., also auf 45 Pf., für Zimmerer ebenfalls um 1 Pf. auf 41 Pf., für Bauhilfsarbeiter beträgt der Lohn ab 4. Juli 37 Pf., bisher 35-36 Pf. Für Maurer und Zimmerer erhöht sich der Lohn dann ab 1. April 1909 um einen weiteren Pfennig. Wenn das auch nur ein kleiner Erfolg ist, so muß doch beachtet werden, daß wir hier in zwei Jahren durch unseren Verband eine Lohnerhöhung von 6-8 Pf. erreicht haben. — Kollegen, sorgen wir daher weiter für den Ausbau unseres Verbandes, da dieser hier stets unsere Interessen am besten gewahrt hat.

Bezirk Paderborn.

Paderborn. (Zimmerer.) Am 1. Oktober 1907 kündigten die Zimmerer den Arbeitsvertrag, welcher zwischen dem Arbeitgeberverbande Paderborn und dem Zentralverbande christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands im Jahre 1906 abgeschlossen worden war. Gleichzeitig wurde dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes eine neue Tarifvorlage zugestellt, worin die Wünsche der Zimmerer niedergelegt waren und gleichzeitig um Unterhandlungen ersucht wurde. Mittlerweile waren die Arbeitgeber Paderborns dem Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberbunde beigetreten. Am 31. März ging uns die Nachricht zu, daß der Bund die Sache regeln würde. Bei den Verhandlungen in Berlin und Essen wurden die Wünsche der Paderborner Zimmerer jedoch nicht berücksichtigt. Nachdem aber der Schiedspruch in Essen gefällt war, sahen wir uns veranlaßt, von neuem an die Arbeitgeber heranzutreten, um die Regelung der Sache vorzunehmen. Am 1. Juni fand alsdann eine Sitzung statt. Die Arbeitgeber waren durch vier Herren vertreten und die Zimmerer hatten ebenfalls eine Kommission von vier Kameraden ernannt. Die Verhandlung wurde auf beiden Seiten sehr lebhaft geführt. Nach dreistündiger Beratung wurde eine Einigung erzielt auf folgender Grundlage: Der Lohn der Zimmerer soll dem Lohn der Maurer gleichgestellt werden. Weil dieses aber nicht auf einmal angängig ist, so soll eine Teilung erfolgen, wonach in zwei Raten eine Erhöhung des Lohnes um 4 Pf. erfolgt. Der Zeitpunkt der Lohnerhöhung geht ab 9. Juni 1908. Demnach steigt am 9. Juni 1908 der Lohn der Zimmerer von 40 Pf. auf 42 Pf. pro Stunde, und am 1. Oktober 1908 von 42 Pf. auf 44 Pf. pro Stunde. Die Arbeitgeber knüpfen die Bedingung an die Lohnerhöhung, daß die Zimmerer sich genau nach dem Vertrag zu richten hätten. Die Kommission gab hierzu ebenfalls die Zustimmung. Am 3. Juni fand nun die Mitgliederversammlung der Zimmerer statt, um zu dem Resultat Stellung zu nehmen. Kamerad Werner gab den Bericht über die Verhandlungen in ausführlicher Weise. In der Diskussion gaben die einzelnen Kameraden kund, daß man das Angebot annehmen wolle, weil unter der schwierigen Geschäftslage wohl kaum mehr erreicht werden könne. Die Abstimmung ergab einbeittliche Annahme vorstehender Lohnsätze. Hiernit ist nun die Lohnbewegung beendet. Es ist ein guter Fortschritt, den die Zimmerer gemacht haben, mögen sie nun auch darnach streben, das Erreungene festzuhalten und den Vertrag treu zur Durchführung bringen. In Paderborn und Umgegend darf es keinen unorganisierten Zimmerer mehr geben. Mit aller Kraft muß die Agitation einsehen, damit die letzten Außensehenden dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands zugeführt werden.

In Bielefeld (Zahlstelle von Güterlohn) haben die Zimmerer ebenfalls einen guten Erfolg zu verzeichnen. Im Jahre 1907 reichten einige Kameraden an das Zimmergeschäft Schröder eine Eingabe ein, worin sie um mehr Lohn ersuchten. Es wurde aber nichts bewilligt, wohl aus dem Grunde, weil die Leute nicht organisiert waren. Diesem Standpunkte haben nunmehr die Zimmerer Rechnung getragen und sind dem Zentralverbande christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter beigetreten. Es wurde von der Organisation jetzt wieder eine Forderung unterbreitet und am 31. Mai 1908 fand eine Verhandlung mit den Geschäftsinhabern statt. Eine Einigung wurde erzielt, indem die Löhne der Zimmerer um 5 Pf. pro Stunde steigen. Bisheriger Lohn war 30-35 Pf., jetziger Lohn 35 bis 40 Pf. Ebenfalls wurde die Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden herabgesetzt.

Kameraden von Bielefeld und Umgegend! Aus Vorstehendem erseht ihr die Notwendigkeit und den Nutzen der Organisation. Tretet deshalb freudig in die Agitation ein, damit sämtliche Kameraden der christlichen Organisation zugeführt werden, denn es ist dringend notwendig, daß in der dortigen Gegend die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das gesamte Baugewerbe verbessert werden. Dieses kann aber nur geschehen, indem alle Kameraden kräftig mitarbeiten; denn, vereinzelt bilden wir eine Macht, vereinzelt sind wir nichts.

Bezirk Frankfurt a. M.

Erndtebrück (Kreis Wittgenstein). In Nr. 22 der „Baugewerkschaft“ teilten wir mit, daß wir in eine Lohnbewegung eingetreten seien. Heute können wir berichten, daß es zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen ist. In einer Unterhandlung, welche Donnerstag, den 4. Juni, stattfand, wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Vertrag.

Zwischen den Bauunternehmern Heinrich Afflerbach zu Erndtebrück und Johann Josef Treude zu Birkelbach einerseits und dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Siegen andererseits, ist dieser Tarifvertrag abgeschlossen worden.

1. Geltungsbereich des Vertrages. Der Vertrag gilt für alle Arbeitsstellen im Kreise Wittgenstein.

2. Arbeitszeit. Die normale Arbeitszeit beträgt 10 1/2 Stunden, der Beginn und die Pausen werden den örtlichen Verhältnissen angepaßt. Im Winter richtet sich die Arbeitszeit nach der Tageslänge.

3. Arbeitslohn. Der Stundenlohn beträgt für Maurern 9. Juni 1908 bis 1. April 1909 44 Pf., vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 45 Pf. Für invalide und jugendliche Arbeiter, sowie für Junggefellten im ersten und zweiten Gefellenjahre unterliegt die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Die Vereinbarung muß innerhalb der ersten 6 Tage nach Beginn des Arbeitsverhältnisses getroffen sein; andernfalls tritt auch für diese Arbeiter der tarifliche Lohn in Kraft. Bei Austritt dieses Vertrages erhalten solche Arbeiter, wo eine Vereinbarung zu erfolgen hat, mindestens 1 Pf. pro Stunde mehr wie bisher. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 10 Pf. für die Stunde bezahlt. Für Sonn- und Feiertagsarbeit wird ein Zuschlag von 100 Prozent, für Nacharbeit ein Zuschlag von 50 Prozent gezahlt. Für heiße und schwarze Feuerungsarbeiten, für schmutzige Arbeiten, Abortreparaturen und Wasserarbeiten wird ein Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde gezahlt. Für vorübergehende Arbeiten auf einer auswärtigen Arbeitsstelle unterliegt der Lohnzuschlag der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.

4. Lohnzahlung. Die Lohnzahlung findet alle 14 Tage Samstags statt. Vorwärts wird auf Wunsch der Arbeiter bis zu 80 Prozent des verdienten Lohnes gewährt.

5. Kündigung. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Tage. In den ersten 6 Tagen kann das Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer jederzeit ohne Kündigung gelöst werden. Bei ordnungsmäßiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses hat der Arbeitgeber dem Arbeiter die ihm übergebenen Papiere auszuhändigen und den verdienten Lohn auszuzahlen.

6. Allgemeine. Auf jeder Baustelle müssen den sanitären Ansprüchen genügende Baubuden und Aborte vorhanden sein.

7. Vertragsdauer. Dieser Vertrag gilt vom 9. Juni 1908 bis 31. März 1910. Vier Monate vor seinem Ablauf haben Verhandlungen über Fortsetzung oder Erneuerung zu beginnen.

Erndtebrück, den 6. Juni 1908.
Heinrich Afflerbach, Erndtebrück. Johann Josef Treude, Birkelbach. Karl Gillenbrand, Siegen.

Unsere Kollegen nahmen in einer gut besuchten Versammlung, die am 5. Juni stattfand, zu diesem Resultat Stellung, wo gleichzeitig dem Vertrage zugestimmt wurde. Damit sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf zwei Jahre vertraglich geregelt.

Nun auf, ihr Bauhandwerker im Kreise Wittgenstein, jetzt gilt es, diesen Vertrag auch auf die übrigen Orte auszudehnen. In Verleburg und Laasphe, wo der Stundenlohn kaum 40 Pf. beträgt, weil die Kollegen noch nicht organisiert sind, müssen wir zu einem Vertrage kommen. Wollen jene Kollegen ihre Lage verbessern, dann hinein in die Organisation, denn Einigkeit führt zum Sieg.

Wendorf. Da unser Tarifvertrag am 1. Mai abgelaufen war, haben wir mit der wirtschaftlichen Vereinigung der Bauunternehmer des Kreises Wittgenstein einen neuen Vertrag abgeschlossen. Als Grundlage wurde der allgemeine Tarifvertrag genommen. In der Hauptsache wurde die bisherige Arbeitszeit, sowie die bestehenden Löhne wieder festgelegt. Einige Bestimmungen, welche im alten Vertrage zu Differenzen geführt hatten, wurden verbessert. Aufgabe unserer Kollegen ist es, darüber zu wachen, daß der Vertrag auch eingehalten wird. Unter keinen Umständen dürfen wir zugeben, daß von den Differenzen über die vertragliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird. Verstöße sind sofort zu melden, damit die Schlichtungskommission Abhilfe schafft. Der Vertrag gilt vom 15. Mai 1908 bis 31. März 1910.

Bezirk Soham.

Essen. (Stukkateur.) Zu dem „Eingekandt“ in Nr. 24 des „Stukkateur“ unter Essen, erlaube ich mir folgendes zu bemerken: Die Mitteilung betreffend des Tarifabschlusses bei der Firma Griesbach & Großmann hatte ich von mehreren älteren, besonnenen Kollegen des freien Verbandes, denen ich unbedingt Glauben schenken konnte, erhalten. Dieses, sowie Gipser von G. & G. behaupten auch jetzt noch, daß ein Abkommen zwischen den Gipsern und der Geschäftslitung getroffen ist, und zwar auf Betreiben hiesiger bekannter Genossen, um denselben den 8-10-Tage Lohn zu sichern. Heute, nachdem ich mich an die rechte Schmiede, an die Firma, um Aufklärung gewandt habe, gebe ich unumwunden zu, mich in diesem Punkt geirrt zu haben. Von allem anderen jedoch, Dintergung, Ausschaltung der christlichen Organisation, bedauere ich kein Wort zurücknehmen zu können. Im Gegenteil, ich bin in dieser Ueberzeugung noch gestärkt worden. Der Vertreter der Firma G. & G. erklärte, daß der Tarif noch nicht abgeschlossen ist, wohl aber sei die freie Gewerkschaft mit diesem Verlangen an sie herangetreten und sie (die Firma) wäre nicht abgeneigt, mit der christlichen und freien Gewerkschaft zusammen auf vernünftiger Basis einen Tarif zur beiderseitigen Zufriedenheit abzuschließen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr ich auch, daß allerdings der Vorstand der freien Zentrale sich anfangs gegen die Ausschaltung der christlichen Organisation sträubte, nachher aber nachgegeben hat, nachdem die Gipser erklärten, keinen „Christus“, die anderen Ausdrücke lassen sich hier nicht wiedergeben, in ihrem Tarif dulden zu wollen. Auf diese Zumutung soll der Geschäftsführer der Firma erklärt haben: Wenn die christliche Organisation nicht zugezogen wird, schließen wir gar keinen Tarif ab. Damit ist das „Eingekandt“ im „Stukkateur“ auf seinen wahren Wert zurückgeführt, da der Genosse Robert Wajten es wohl nicht wagen wird, diese Aussagen anzuzweifeln. Also nur, weil die Firma G. & G. anständiger war, als die freie Gewerkschaft, hat sich der Abschluß des Tarifes bis jetzt verzögert. Wenn der Genosse W. über die Verhältnisse nicht informiert ist, so mag er sich bei W. Köster hierfür bedanken. Die Zumutung ist doch mehr als naiv. Wir würden den Tarif mit abhelfen, während man uns bei der Beratung nicht haben wollte. So dumm ist kein „M. Ghabbacher“. Auf eine weitere Zeitungspolemik lasse ich mich nicht ein, wir würden doch zu keinem Resultat kommen. Für das, was die Christlichen in anderen Orten gemacht haben sollen, übernehmen wir keine Verantwortung. Aber auch hierbei schenken wir den Anklagen des Genossen W. keinen Glauben, und nach oben gekennzeichnetem erst recht nicht. Was die Verhältnisse bei der Firma Bongert betrifft, so wird Genosse W. schon so freundlich sein müssen und etwas deutlicher werden, d. h. nähere Angaben machen. Würde man übrigens die Mißstände allerorts registrieren, welche sich infolge der großen Arbeitslosigkeit seit dem verflohenen Herbst gebildet haben, so würde ein wahrer Rattenkrieg dabei herauskommen, vornehmlich aber auf Seiten der „freien“ Gewerkschaft. Soll ich sie vielleicht an Sürgers-Bredenen, Salden-Rathaus-Kray, Bongert-Altenessen (Gymnasium) usw. erinnern, wo nur „Lüdigkeit“ in Betracht kommen? Wenn man Mißstände aufzählen will, ich zähle schon mit. Unsere Mappe hierfür hat einen bedenklichen Umfang angenommen. Im großen und ganzen sind wir mit den Berichten in Nr. 22 der „Baugewerkschaft“ und Nr. 24 des „Stukkateur“ befriedigt. Es ist nicht in eine dunkle Angelegenheit gekommen, welche lange in der Luft schwebte. Darauf kam es uns an. Kreuzberg.

Bezirk München.

Ingoßkadt. Am 4. Juni fanden im kleinen Rathhause Verhandlungen bezüglich Abänderung des am 1. Juni abgelaufenen Tarifvertrages für das hiesige Baugewerbe statt.

Die Unternehmer gehören als Unterorgan dem Südbayerischen Bezirksverband für das Baugewerbe an. Der bis jetzt gültige Tarif wurde von den Unternehmern gekündigt. Bis jetzt waren für Maurer 38 Pf., für Zimmerer 38 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 28 Pf. festgelegt. Die Arbeitszeit war eine nicht gleich geartete. In einem Stadtkreis beträgt dieselbe 9 1/2 Stunden, in einem anderen wieder 10 Stunden. Wir forderten als allgemeine Norm für die Folgezeit 9 1/2 stündige Arbeitszeit, für Maurer und Zimmerer 45 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 35 Pf. Stundenlohn, nebst den üblichen Zuschlägen. Nach ziemlich langen Verhandlungen von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr, mit Unterbrechung durch die Mittagspause, kam ein bis zum 31. März 1910 laufender Tarifvertrag zustande. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher. Der Lohn beträgt ab 6. Juni 1908 40 Pf. für Maurer und Zimmerer, 30 Pf. für Bauhilfsarbeiter pro Stunde. Ab 1. Juni 1909 erhöhen sich sämtliche Löhne um 2 Pf. In Zuschlägen wurde vereinbart: für Überstunden 10 Pf., für Nacht-, Sonn- und gesetzliche Feiertagsarbeit 20 Pf., für Wasser-, Feuerungs- und Fassadenarbeiten 10 Pf., für Arbeiten im Wasser, mit Karbolinöl und Teer 10 Pf., bei Arbeiten außerhalb des Garnisonsbaumeisterhandels 10 Pf. Zuschlag pro Stunde. Wohl wäre es wünschenswert gewesen, die Mißstände bezüglich der Lohnzahlung, Baubüden und anderes mehr zu beseitigen, aber für diesmal war es kaum möglich. — Der sozialdemokratische Zimmererverband, der hier kaum dem Namen nach besteht, hielt es auch für „angemessen“, sich durch seinen „Gauleiter“ Promm (München), „betreten“ zu lassen. Kollege Bräuner konstatierte eingangs der Verhandlung, daß, obwohl der soz. Zimmererverband hier als verträglichster Faktor nicht in Betracht komme, und wir das Recht hätten, zu beantragen, daß er ausgeschaltet würde, so wollten wir das doch nicht tun, um zu zeigen, daß wir ehrlicher handeln, als andere denken. Darauf wußte „Genosse“ Promm keine Erwiderung. Somit hat er bestätigt, was wir schon längst wissen.

Landau i. S. Die hiesigen Zimmermeister haben den Tarifvertrag gekündigt. Derselbe läuft bis 1. Juli d. J. Die Kündigung ist, wie die Zimmermeister resp. der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes mitteilte, auf „Verlangen“ des Deutschen Arbeitgeberbundes f. d. S. erfolgt. Das ist bezeichnend.

Paffau. Im Jahre 1906 hat hier der soz. Maurerverband nach einem mehrtägigen Streik einen Tarifvertrag abgeschlossen. Derselbe ging am 31. März 1908 zu Ende. Am 25. Mai fanden unter Vorsitz des Herrn Reichsrats Beiz Verhandlungen statt. Von Arbeiterseite waren unser Verband und die soz. Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter vertreten. Vom Arbeitgeberverband war Sekretär Bergmüller (München) anwesend. Gefordert wurde 9 1/2 stündige Arbeitszeit (bis jetzt 10 stündige), für Maurer 43 Pf., für Zimmerer 40 Pf., für Bauhilfsarbeiter 33 Pf. Stundenlohn. Die Verhandlungen währten von nachmittags 3 Uhr bis nachts 12 Uhr. Einigmal drohte die Gefahr des Scheiterns, daß dies nicht eingetreten ist, ist dem Herrn Reichsrat Beiz durch sein kluges und gewandtes Eingreifen zu danken. Das Resultat war Abschluß eines Tarifvertrages bis 31. März 1910. Vereinbart wurde 10 stündige Arbeitszeit, der Lohn beträgt für Maurer 39 Pf., für Zimmerer 37 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 30 Pf. Zuschläge: bei Überstunden 5 Pf., bei Nacht-, Sonn- und gesetzlicher Feiertagsarbeit 30 Prozent, bei Fassaden-, Wasser- und Feuerungsarbeiten 5 Pf. Daß die Verhandlungen so langwierig waren und nicht erreicht worden ist, was erreicht hätte werden können, daran ist einerseits die ungünstige Konjunktur schuld; andererseits war es aber der schon oben angeführte vom soz. Maurerverband abgeschlossene Tarifvertrag, der durch seine „rigorosen“ Bestimmungen, besonders bezüglich des Lohnes, manche heftige Schattens warf, die auch diesmal noch nicht ganz verwischt werden konnten. Hat es doch im Jahre 1906 der Vertreter des soz. Maurerverbandes „verstanden“, dem sogenannten „Lohnparagrafen“ folgende Fassung zu geben: „Der Stundenlohn (nicht Mindestlohn, wie der „Grundstein“ Nr. 23, 1906, jenen „Gläubiger“ feierlich verkündete und dabei die Worte „berufsmäßig ausgebildet“ unterschlug) für die berufsmäßig ausgebildeten, tüchtigen Maurer beträgt 37 Pf., der Mindestlohn für weniger leistungsfähige Maurer 33 Pf.“ Wie ein Arbeitervertreter solche laienhaftige, die Arbeiter schwer schädigende Bestimmungen noch mit seinem Namen decken kann, ist kaum begreiflich, aber „echt“ sozialdemokratisch. Als bei den Verhandlungen unsererseits mehrfach darauf hingewiesen wurde, daß der Stundenlohn für Maurer doch 37 Pf. betragen habe, erklärten die Unternehmer ruhig, hier steht 33 Pf., und darauf bauen wir. In Berücksichtigung dieser Verhältnisse ist der jetzige Tarifvertrag, wenn auch im materiellen Teil, wenigstens bei den Maurern, nicht allzuschwer ins Gewicht fallend, ein „Prachtexemplar“. — Kollegen von Paffau, merkt euch das und gebt denen, die euch durch den Tarifabschluß 1906 der Willkür des Unternehmers preisgaben, die richtige Quittung.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Da in einer Reihe der unter dem Schiedspruch fallenden Orte noch immer Differenzen bestehen oder die Vertragsunterschrift noch nicht vollzogen ist, soll ausgangs dieses Monats eine Sitzung zur endgültigen Regelung der Angelegenheit zwischen den beteiligten Organisationen unter Sinngleichung der drei Unparteilichen in Berlin stattfinden. Wir fordern daher sämtliche Verwaltungsstellen, wo noch Differenzen bestehen oder die Vertragsunterschrift noch nicht vollzogen ist, auf, aus diese unverzüglich mit näherer Angabe der Gründe mitzuteilen.

Der Zentralvorstand. J. A.: Jos. Wiedberg.

Bekanntmachung.

Für die Verwaltungsstellen-Kassierer. Wir machen darauf aufmerksam, daß in der Zeit vom 21. bis 30. Juni Marken nicht beantragt werden. Die Kassierer werden aufgefordert, ihren Bedarf frühzeitig zu besorgen.

Der Hauptvorstand. J. A.: Fr. Jacobi, Hauptkassierer.

Jahresbericht des Bezirks Pfalz-Saarrevier.

Die Hoffnungen, die auf das Jahr 1907 in Bezug auf Ausbreitung des Verbandes, Steigerung der Mitgliederzahl gesetzt waren, sind nicht in Erfüllung gegangen. Ingegnen sind die materiellen Erfolge in Bezug auf Lohnforderungen und Arbeitszeitverlängerung sehr betrübend. Auch wurde mit gutem Erfolg gearbeitet an dem inneren Ausbau des Bezirks, als: Vertragsregulierung, Durchführung eines Bezirksbeitrages, Zentralisation der Verwaltung, Regelung des Vertrauensmannverhältnisses, besonders aber an der geistigen Bildung der Kollegen. Auch im

Jahre 1906 waren und die Gegner von links in praktischer Arbeit auf den Bau- und Arbeitsstellen überlegen, da sie über eine Anzahl geschulter Kräfte verfügten. Dieses hat sich im Berichtsjahre sehr zu unseren Gunsten geändert; haben wir doch eine bedeutende Anzahl von Kollegen, die in jeder Hinsicht ihre Mann stellen, die dem Gegner auf agitatorischem Gebiet die Wage halten, wenn nicht gar überlegen sind. Einzelne Kollegen haben sich zu guten Agitatoren herausgebildet, die in der Lage sind, ihren Standpunkt in Versammlungen und in der Tagespresse zu vertreten und Angriffe der Gegner geschickt abzuwehren. Auf diesem Gebiet wird auch in Zukunft weitergearbeitet werden müssen, wenn der Erfolg ein dauernder sein soll.

Die vorbereiteten politischen Vorgänge im Saarrevier, die Wahlkommission in der Pfalz zwischen der Zentrumspartei und der Sozialdemokratie, der unseitige Kampf zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen, die raffinierte Kampfesweise der Großindustriellen, die Genossen mit ihrer Kontraktstüchtelei, das Hinzerren unserer Bewegung in den politischen Strudel, dieses alles ist dazu angelegt, Begriffsverwirrungen in den Kreisen unserer Kollegen hervorzurufen. Erfolgreich wird ein Kampf hiergegen nur mit einer geistig hochstehenden Arbeiterschaft geführt werden können. Es wäre Selbstmord, wenn man sich den Kampf gegen die saarabische Dreieinigkeit: Tisse, Leinpetters und Moos, als leicht vorstellen wollte. Pioniere müssen herangebildet werden, die die Wege ebnen, den Massen genügend geistige Munition liefern, die mit Spähtruppen jede Bewegung des Gegners verfolgen und zu parieren verstehen. Nur auf diesem Wege wird unsere Bewegung mit der Zeit endgültig zum Siege gelangen. Gerade das Jahr 1907, das mit der Reichstagswahl eröffnet wurde, hat bewiesen, daß die Verbandskollegen auf ihrem Posten waren. Ohne auch nur die geringsten Spuren zu hinterlassen, sind die hochgehenden Wogen der Wahlbewegung an uns vorübergegangen. Aber trotzdem haben wir auf diesem Gebiete noch manches nachzuholen. Vor allen Dingen muß in einer Anzahl Zahlstellen mit der Meinung ausgeräumt werden, daß die Vertrauensmannposten nur für jugendliche Kollegen geeignet seien. Vergesse man nicht, ein guter Vertrauensmann ist die Seele der Zahlstelle bzw. seiner zu bedienenden Kollegen. Lage man sich doch einmal die Frage vor, was wäre unser Verband ohne Vertrauensleute, und jeder wird einsehen, daß sie so notwendig sind, wie die Beamten des Verbandes; folgedessen müssen die befähigten Kollegen solche Posten annehmen. In dieser Hinsicht können die Zahlstellen Ältingen, Zinsingen als Vorbild dienen, dort fungieren immer die fähigsten Kollegen als Vertrauensleute. Wer sich einbildet, ein Vertrauensmann hätte so ähnlich wie der Postbote seine Zeitung abzugeben, und wenn es gewünscht wird, eine Marke zu kleben, dessen Meinung ist falsch. Diese Kollegen sind zunächst die Sprachrohre der Bezirksleitung, sie müssen in wichtigen Dingen zuverlässig sein, sie müssen das Vertrauen des Verwaltungsausschusses, des Bezirksleiters und das Vertrauen der Kollegen besitzen. Dieses dürfte genügen, um zu beweisen, daß man hierzu Männer von Wissen und festem Charakter notwendig hat. Die Vorkämpfer in der gewünschten Form einzuführen, ist möglich, wenn nur der gute Wille vorhanden ist.

Vergleichen wir die von der Zentralkasse herausgegebene Abrechnung vom 31. Dezember 1906 mit derjenigen vom 31. Dezember 1907, dann finden wir, daß trotz Neuaufnahme von 363 Kollegen die Gesamtmitgliedszahl von 1513 auf 1287 zurückgegangen ist. Mag die außerordentlich schlechte Konjunktur in der Steinindustrie vieles dazu beigetragen haben, so wollen wir doch nicht verkennen, daß durch die Arbeit tüchtiger und fähiger Vertrauensleute auf der ganzen Linie die Fluktuation um ein bedeutendes hätte eingedämmt werden können. Die Gesamtentnahmen sind dagegen von 17 721,64 M im Jahre 1906 auf 24 762,74 M im Jahre 1907 gestiegen. War dieses möglich trotz des Mitgliederverlustes, dann muß es auch gelingen, die Kollegen dauernd zu halten, stellt man nur den rechten Mann auf den rechten Fleck.

Die Konjunktur war im Saarrevier als gut, in der Pfalz, Metz und Trier als mittelmäßig zu bezeichnen, in der pfälzischen Steinindustrie hingegen sehr schlecht, besonders in Kaiserslautern und Umgebung. Viele Steinarbeiter mußten sich anderwärts Beschäftigung suchen. Der Steinbruch in Meidenbach, in dem 120 Kollegen beschäftigt waren, wurde geschlossen. Der Zusammenbruch des Landtischer Vorkampfbereichs hat auf die dortige Steinindustrie so ungünstig gewirkt, daß der Geschäftsgang kaum ein Drittel der Vorjahre ausmachte. Dazu kommen noch die nachteiligen Folgen des Assener verfrachten Streiks seitens der Genossen und der Abschluß des berühmten Kaiserslauterer Vertrages, der die Genossen mit diesen auch die anderen Kollegen bindet, aber keine Rechte gibt. Dieses alles hat unter den Pfälzer Steinarbeitern eine Mißstimmung sondergleichen hervorgerufen: die Folgen waren ein steter Rückgang der Mitgliederzahl. Schöne Erfolge hatten wir in Trier zu verzeichnen. Die Gegenagitation der Fachabteilungen, der direkte und indirekte Verrat eines Fachabteilungsleiters und die persönlichen Gegereien der Genossen waren dem Fortschreiten unserer Bewegung eher dienlich als schädlich. Was in Trier an Aufklärungs- und Erziehungsarbeit, nicht minder aber auch auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Besserstellung geleistet wurde, weiß nur der zu schätzen, der es mitgemacht hat.

Was die Arbeitgeber betrifft, so haben wir es im Bezirk mit drei Korporationen zu tun: dem Kreisverband pfälzischer Baugewerke, dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Trier und dem Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe im Saargebiet. Die letzte Gruppe kann als eine ausgedehnte Arbeitgeber-Organisation bezeichnet werden. An der Spitze dieses Verbandes steht ein kaufmännisch gebildeter Beamter. Die beiden ersten Korporationen tragen mehr einen zünftlerischen Charakter. Gegen die Bestrebungen der Arbeiter sind sie einig, wenn es aber gilt, Maßnahmen zur Hebung des eigenen Standes zu ergreifen, die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen, Stellung zu nehmen gegen das Submissionswesen, dann geht ihre Einigkeit nur zu gerne aus dem Reim. Der Tätigkeit des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe im Saarrevier müssen wir eine besondere Aufmerksamkeit schenken, da der Verband auch in vielen Dingen für die beiden anderen Verbände tonangebend ist.

Von kleinlichen Schikanierungen seitens der Polizei sind wir auch im Berichtsjahre nicht verschont geblieben. So wurde in Böttlingen der Zahlstellenvorstand gemaskert, weil der überwachende Beamte der Verteilung dessen Wahl mitgeteilt hatte. Dem betreffenden Schutzmann wurde in öffentlicher Versammlung in seiner Gegenwart der Vorwurf der Liebedienerei und Verräterei gemacht, in der sicheren Erwartung, der gute Mann oder die höhere Polizeibehörde würde nachgeben. Die Polizei ließ sich dies jedoch ruhig sagen und schwie dazu, ein Beweis, daß unsere Kollegen sich nicht geirrt hatten. In Altmühl wurde uns durch die Polizei das Lokal abgetrieben. Auf weitere Einzelheiten wollen wir nicht eingehen, seit jeder gehört hat die Polizeijustizianen zum eigenen Bestand des saarabischen Systems; wir werden auch in Zukunft noch damit zu rechnen haben.

Vorbewegungen wurden im Berichtsjahre geführt in St. Ingbert und Trier für die Maurer, in Sulzbach für die Tischler. In allen drei Fällen kam es zum Abschluß von Tarifverträgen. Eine weitere Schärferung der Lohnbewegungen kann erpart bleiben, da hierüber früher in der „Baugewerkschaft“ berichtet wurde. Auch in Pirmasens wurde eine Lohnbewegung eingeleitet. Die Herren vom Zentralverband der Maurer nahmen den Mund recht voll, als die Sache aber anfang ernst zu werden, sind sie lieber aus dem Verbände ausgezogen und haben sich bei den Unternehmern im Morch angeboten.

Dadurch war die Bewegung vereitelt; die Akordarbeit grob in Pirmasens mehr als vorher. Das Verhältnis zwischen uns und den gegnerischen Organisationen ist daselbst geblieben. Den Fachabteilungen, die für uns nur in Trier in Frage kommen, wir das Zeugnis ausstellen, sie haben ihre Sache im Jahre 1907 recht gut gemacht; sie haben sich der Arbeiter als das gezeigt, was sie in Wirklichkeit sind, das hat zu unserer Stärkung viel beigetragen. Hätte Herr Seimetz die Freiheit bei der Lohnbewegung nicht gemacht, unsere Mitgliederzahl wäre nicht so hoch gestiegen. Da wir uns mit den Kollegen leider sehr oft beschärfen mußten, wollten wir es kurz machen. Wir wünschen ihnen einen recht gesunden Appetit zu ihrer Suppe, die sie sich mit dem saarabischen Musterbeispiel eingebrocht haben. Wenn wir uns recht entsinnen, kommt im „Grundstein“ schon so einen kleinen Schmerzensschrei nehmen. Die eigentlichen Kämpfe werden sich aber erst im Jahre 1909 einstellen, wenn der Vertrag geändert werden soll. Im allgemeinen haben wir keinen Grund, über unsere Lage im Jahre 1907 zu klagen. Durch die Reichstagswahl mit bösen Begleiterscheinungen im Saarrevier und in der Provinz wurde die Agitation im ersten halben Jahre unterbrochen; es wurde zur inneren Festigung verwendet, das Fundament unserer Bewegung gestärkt. Möge es uns gelingen, einen Bau der Zukunft zu stellen, der allen Stürmen trotzt.

Der Bezirksvorstand. J. A.: P. Brendel.

„Willst du ein christlicher Arbeiter sein“

dann zeige dich auch stets als solcher. Nicht der Mensch beweist dein Christentum, sondern dein Handeln. Christliches Gebot ist, daß du deinen Nächsten liebst, den du Stand achtest und ehren sollst. Du kannst und mußt christliches Christentum üben in der christlichen Gewerkschaft. Dort arbeitest du für dein Wohlergehen, für deine Familie, für deinen Stand, für dein Vaterland. Wer christliche Arbeiterbewegung nach Prozenten berechnet, ist ein Egoist. Egoismus aber ist dem Christentum wider.

So schrieb der „Textilarbeiter“, das Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes in seiner Nr. 22 vom 30. Mai d. J. Das paßt nun der sozialdemokratischen „Bergarbeiterzeitung“ nicht, und schreibt sie recht witzig: „Wir glauben feststellen zu können, daß alle Vorzüge, die von einem christlichen Arbeiter hier und dort drückt werden, in den freien Gewerkschaften niemals angedrückt wurden. Im Gegenteil, sie sind in noch größerem Umfange in den freien als in den christlichen Gewerkschaften vorhanden. Um die Vorzüge und Tugenden zu pflegen, oder bei den Arbeitern zu verbreiten, bedurfte also der Gründung christlicher Gewerkschaften nicht.“

Schön gesagt, nicht wahr? Wer's nun noch nicht glaubt, ja, dem ist überhaupt nicht — zu helfen. wurde z. B. in 1897 am 14. März von dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes Müller den sattsam bekannten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hue in „echt christlicher Weise“ geschrieben:

„Siehst du in Deinen Vorgesang klar hinein. Du hast eine bestimmte Richtung, in welcher Du gedankt, die Interessen der Leute taktisch so weit wie möglich zu fördern. Die Tendenz ist z. B.: Freundschaftlichkeit zu den christlichen Gewerkschaften; aus seinem Vorgehen ist die konsequente Schlussfolgerung handelnder Weise zu ziehen. „Nicht so als der „wahre Jakob“ zu empfehlen. Soweit es gut. — Aber nimm doch nicht den Brust in ein Schlepptau! Wenn Du dessen Ungeheuerlichkeit Doppelstiel und Marionettencharakter nicht mit großer Schärfe in geeigneten Momenten beleuchtest, resp. in bengalischer Beleuchtung rücht, alsdann kann es vorkommen, daß uns Mann bei irgendwelcher Gelegenheit einen pfälzischen Hof spielt. — Die Bergarbeiter wachen noch zu leicht hin und her. — Also mußte ihn, so nebenbei, mit ganz unerschuldiger Miene und unter lebhaftem Reden dauern ganz gründlich ab. Keine Schornstein Handhaben dazu bietet Brust's Vorgehen mehr als nötig sind. Ich meine, Du solltest die Führer des Chr. B. (Christlicher Gewerkschaft) vor den Bauch treten und die Mitglieder freisprechen — das eine tun, das andere nicht lassen.“

Das sind gewiß „Vorzüge“ und „Tugenden“, die hier offenbaren. Daß das die christlichen Arbeiter immer noch nicht „begreifen“ wollen! Weiter! Auf dem soeben statgefundenen internationalen Bergarbeiterkongress in England, der englische Abgeordnete Edwards mit Freuden, „daß sich die Beziehungen zwischen England und Frankreich so herzlich gestaltet haben. Abg. Sachse, der Vorsitzende des Deutschen sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, spricht für die deutsche Delegation (wir zitierten nach dem „Vorwärts“), die die Einigung unter den englischen und französischen Kameraden mit besonderer Genugung erfüllte.“ Nun weiß aber jedes Kind, daß die englisch-französische Verbrüderung, zu der nun noch die russische hinzutritt, ihre erste Spitze gegen unser deutsches Vaterland richtet. Daher jedenfalls die Begrüßung dieser Einigung durch Sachse. Nun wissen die christlich-nationalen Arbeiter, daß der Haß Englands gegen Deutschland zuerst im Geschäftskreis zu suchen ist. Der ungeheure wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands droht England ein Absatzgebiet nach dem andern streitig zu machen, daher die Bemühungen Englands, diesen Einfluß zu brechen. Da sucht es nun Freunde, welche ihm die Kastanien aus dem Feuer holen sollen, das ist nämlich so Usus bei ihm, und Abg. Sachse begrüßt es, daß diese Freunde gefunden worden sind. Daß die christlichen Arbeiter nicht auch so „national“ werden wollen, das ist kaum zu verstehen.

Kürzlich tobte ein fürchterlicher Streit in dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband, ausgerechnet in jenem Verband, in dem „in noch größerem Umfange die christlichen Vorzüge und Tugenden „gepflegt“ werden könnten“ wie oben die „Bergarbeiterzeitung“ selbst bemerkt. Also in diesem Verband tobte ein Strach, und führte in einer Versammlung in Neumühl ein Redner aus: „Die Beamten in Bochum haben sich während des Streiks im Keller des Verbandsgebäudes einen Scheiterhaufen errichtet und sich die Zeit mit Scheiterhaufen vertrieben. (Sachse gibt zu, daß einige Beamte das gemacht haben. Seinen rufst: „Die Verbandsbeamten sind während des Streiks mit Revolver ausgerüstet worden.“) Jawohl, mit Revolver hat man sich ausgerüstet, damit sie sich gegen zudringliche Arbeiter, die Unterstützung haben wollten, verteidigen konnten. (Sachse zieht einen Revolver aus der Tasche und hält ihn hoch. Das ist so ein Revolver. Die Kameraden und auch die anwesenden Beamten können sich von der Echtheit der Wodwaße überzeugen.“) Der erste Verbandsführer Horn rufst: „Der Revolver gehört dem Verband, den hast du nicht abgehört!“ Die Revolver

Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Nachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Stuttgarter.

Barmen, 14. Juni. Unsere heutige Mitgliederversammlung stand unter dem Zeichen der Arbeitslosigkeit; daß sie trotzdem gut besucht war, hatte seine besonderen Ursachen. Nachdem einige weniger wichtige Punkte erledigt wurden, ging man zur Durchberatung des von der Kasseler Konferenz am 29. März d. J. aufgestellten Entwurfs eines General-Tarifs für das Schlacken- und Gipsgebiet über. Besondere Beschlüsse wurden über diesen Punkt nicht gefaßt, da nach Ansicht der Versammlung eine so wichtige Sache nicht im Galopp erledigt werden kann. Nach Abschluß des Kollegen Lorch wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, welche in einigen in adernächster Zeit stattfindenden Sitzungen sämtliche Paragrafen des Entwurfs prüfen und eventl. Abänderungsvorschläge ausarbeiten und dieselben baldmöglichst an der für uns zuständigen Stelle unterbreiten soll. Da unser seitheriger Kassierer, Kollege Ludorf, wegen Versuchswechsels ausgetreten ist, so wurde dafür Kollege Wilsch. Hein (Kampfr. 36) einstimmig zum ersten Kassierer gewählt.

Ns. In die Vorliegenden sämtlicher Stützstellen des Industriegebietes möchte ich die dringende Bitte richten, mich sofort zu benachrichtigen, falls irgendwo Gehilfen untergebracht werden können, da unsere Stützstelle sehr unter der überzogenen Arbeitslosigkeit zu leiden hat. (Meine Adresse: Karl Simon, Bergstr. 12.)

Wiesbaden. Am 10. Juni fand eine außerordentliche Generalversammlung der Baugewerkschaft in Wiesbaden statt. Der zweite Vorsitzende Kollege Staat eröffnete die Versammlung mit der Bekanntgabe der Tagesordnung, Ergänzungswahl des Vorstandes und Gewerkschaftsbeiträge. An Stelle unseres verstorbenen ersten Vorsitzenden wurde Kollege Staat als erster, Kollege Hartmann als zweiter und Kollege Fritz Jung als erster Kassierer gewählt. Die Kollegen versprachen ihre Schulpflicht zu tun. Kollege Staat forderte alsdann die Kollegen auf, eifrig in die Agitation einzugreifen, damit alle noch nicht bei uns organisierten Kollegen sich unserer Stützstelle anschließen. Nachdem dann noch einige Kollegen sich hatten aufnehmen lassen, schloß er die von 30 Mitgliedern besuchte Versammlung.

Maurer.

Danzig, 2. Juni. Zu Nr. 18 der „Baugewerkschaft“ brachten wir einen Bericht über den Vertragsbruch des sozialdemokratischen Maurerverbandes in Meise und zeigten, warum der christliche Verband die Baupolizei nicht unterstützen konnte. Das versucht Genosse Grünhagen in Nr. 21 des „Grundstein“ und in der „Königsberger Volkszeitung“ zu widerlegen. In bekannt gehäufiger Weise werden die christlichen Gewerkschaftsführer beschimpft und als Lügner hingestellt, und in demagogischer Art der sozialdemokratische Verband als das unschuldige Lammchen bezeichnet. Der Vertragsbruch wird abgelehnt mit der Motivierung, Herr Schulz habe infolge Mangels an Maurern einen Teil 2-5 Pf. pro Stunde mehr bezahlt, und daraufhin hätten drei Kollegen an den Posten das Ansehen gestellt, ihren den gleichen Lohn zu zahlen, was denn auch geschehen sei. Darin erblickt Grünhagen keinen Vertragsbruch, was er auch Herrn Schulz mitgeteilt haben will, der sich beschwerdeleitend an ihn gewandt hatte. Somit: „Dies Kind, kein Engel ist ja rein.“ Wie sieht es nun damit in Wirklichkeit? Nach unseren Erkundigungen, die wir allerdings nicht bei dem Genossen Grünhagen eingesehen haben, wie er das wünscht, hat sich Herr Schulz bereits im August v. J. an Gr. beschwerdeleitend gewandt, weil die Leute höheren als wie den vertragsmäßigen Lohn verlangten. Bei Nichtbewilligung drohten sie mit der Sperr. Am 13. August antwortete Gr. in einem Schreiben, in dem es heißt:

„Ein Vertragsbruch unsererseits kann schon deshalb nicht vorliegen, weil das Vorgehen meiner Kollegen in keiner Weise unterliegt und auch nicht gebilligt wird. Wir hatten nach wie vor an dem Vertrag fest. Dem einzelnen muß das Recht zustehen, zu bestimmen, für welchen Lohn er arbeiten will, aber in geschlossener Zahl Forderungen stellen, ist unzulässig und wird korrigiert werden, indem ich meine Kollegen von der Vertretbarkeit ihres Handelns zu überzeugen versuche.“

Damit wird doch zugegeben, daß höhere Lohnforderungen gestellt worden sind. Im übrigen ist es bezeichnend, daß es dem „einzelnen“ freigestellt sein soll zu bestimmen, für welchen Lohn er arbeiten will. Ja, was für einen Zweck haben dann noch Verträge? Dem Herrn Schulz gegenüber äußerte sich Gr.: „die paar Pfennige, die die Kollegen verlangen, spielen doch keine Rolle.“ Als letztere Äußerung Kollege Müller ihm (Grünhagen) entgegenhielt, meinte er, „man mußte es Herrn Schulz doch schmücken machen.“ Und derartige Machinationen sollen wir unterstützen? Nein, dafür sind wir denn doch nicht zu haben. Hiermit ist aber klar bewiesen, wo die „Lügner“ sitzen, und wie die Vertragsstreue seitens sozialdemokratischer Führer eingeschätzt wird. Nun wollen wir Grünhagen noch eines fragen: Weiß er, daß sozialdemokratisch organisierte Maurer auf dem Neubau Jakobsmühle in Meise, also in dem gleichen Orte, ausgeführt von Pillar aus Fr.-Stargard, an Stelle der ausgepöbelten Zimmerer, Streikbrecher aus Meise heranzögen? Das ist doch Streikbrecheragenten. Um diese Schandtat zu verdecken, wird dann in der Regel auf die Christlichen geschimpft. Das alles sind Früchte der „roten“ Erziehung, nichts bleibt diesen Menschen heilig. Erst dieser Tage wieder wurde ein sozialdemokratischer Zimmerer wegen Terrorismus zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wer gehörte eigentlich dahin? Gene, die diese bedauerenswerten Leute dazu erzogen haben. Es wird aber trotzdem Tag: Hunderte sind schon in Disziplin zu uns übergetreten und weitere werden folgen. Wir bedauern den wüsten Kampf, aber man zwingt ihn uns ja auf. Wir lehnen jede Verantwortung dafür ab, garantieren aber, daß wir nicht den Kürzeren dabei ziehen werden.

Sülzen. Am Sonntag, den 24. Mai, hielten die christlichen Bauhandwerker eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Die Tagesordnung war: 1. Die sozialdemokratischen Verleumdungen gegen den christlichen Bauhandwerkerverband in Sülzen, 2. Welcher Organisation schließen wir uns an? Der Beamte des sozialdemokratischen Bauhandwerkerverbandes, Niemann, war per Einschreibebrief eingeladen und mit zwei weiteren Rednern aus Krefeld nebst einer Schuttruppe erschienen. In seinem Referat führte Kollege Schwarz-Krefeld aus, daß in letzter Zeit in ganz gemeiner Weise gegen die christliche Organisation gehet und gelogen würde. Besonders sei es Niemann, der darin fast Unglaubliches leistet. So wurde vor einiger Zeit in Krefeld eine Terrorismusgeschichte verbreitet, wonach christliche Kollegen einen Freitagsstreik an der Arbeit gebracht haben sollten. Eine Erklärung mit elf Unterschriften, worunter sechs freigeordnete, erklärte die Geschichte als erlogen. Diese Erklärung wurde in der „Niederhein. Volkszeitung“ und der sozialdemokratischen „Kolltribüne“ veröffentlicht. Eine gegenteilige Erklärung ist bis heute nicht erfolgt. Doch die Lügen werden weiterverbreitet. Redner führte weiter aus, daß ihm in Krefeld nachgeredet wurde, er

laufe von einem Unternehmer zum andern, um billige Arbeitskräfte anzubieten. In einem Flugblatte wurde auch diese Lüge christlicherseits dieser gehängt. Die Verleumdung aber schweigen weiter. Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Kollege Schwarz dann auf die christlichen Gewerkschaften zu sprechen und legte in eingehender Weise die Entwicklung und ihre Tätigkeit dar. Unter lebhaftem Beifall schloß der Redner seine Ausführungen. Sofort nach dem Referat verlangte ein Herr Sternberg aus Krefeld, nach Schwarz solle er wegrennen. Der Leiter der Versammlung hatte aber schon zu Beginn der Versammlung den Gegnern volle Redefreiheit zugesichert, und wurde das Ansuchen Sternbergs abgelehnt.

Als nächster Redner sprach Herr Marquardt über den zweiten Punkt. Seine Ausführungen bewiesen zur Evidenz die Notwendigkeit einer christlichen Arbeiterbewegung. Es sei bedauerlich, daß es verschiedene Gewerkschaftsrichtungen gebe, die Zersplitterung habe jedoch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung verschuldet, welche Momente in die Bewegung hineinbringe, die ein Zusammenarbeiten aller Arbeiter unmöglich gemacht habe. Es sei eine Unmöglichkeit, daß alle Arbeiter jemals zu einer politischen Meinung sich betonen würden, einseitige Genossen seien das auch selbst ein. Trotzdem arbeiten die freien Gewerkschaften darauf hin, ihre Mitglieder, die nicht sozialdemokratisch sind, mit allen erdenklichen Mitteln zu betreiben. Dabei wird die religiöse Überzeugung in keiner Weise respektiert. So ist den christlichen Arbeitern die Gelegenheit verweigert, Mitglieder der freien Gewerkschaften zu sein. Die christlichen Arbeiter aber lehnen das sozialdemokratische Programm, dem sich die freien Gewerkschaften mit Leib und Seele verschrieben haben, entschieden ab. Würden die Gewerkschaften nach diesem Programm arbeiten, so könne von Erfolg keine Rede sein. Praktische Gewerkschaftsarbeit sei nicht verträglich mit dem sozialdemokratischen Parteiblogma. So könne man die Beobachtung machen, daß die Führer der freien Gewerkschaften in der Partei eine ganz andere Stellung einnehmen, wie in der Gewerkschaft; was sie hier befürworteten, müssen sie dort verurteilen. Einen solchen Gieranz machen die Christlichen nicht mit. Unsere Organisationen sind somit einem dringenden Bedürfnis entgegen. Die günstige Entwicklung der christlichen Gewerkschaften, welche unter den schwierigen Verhältnissen und einer maßlosen Gegenagitation sich vollziehen mußte, sei der schlagendste Beweis ihrer Notwendigkeit. Unter anderem berührte Redner auch die Krefelder Stoffweberbewegung, wobei er das Verhalten der roten Führer an den Pranger stellte. Die Mitgliederzahl im sozialdemokratischen Verbande sei eine große, nach Mitteilungen sind bis jetzt ca. 1600 ausgetreten, wovon ein Teil übergetreten sei, darunter Leute, welche schon 10 und mehr Jahre dem sozialdemokratischen Verbande angehört haben. Als erster Disziplinardner sprach Genosse Niemann. Er verurteilte die Gewerkschaft in das hellste Licht zu stellen, dabei unterließen ihm allerlei Unrichtigkeiten. Schallende Heiterkeit löste er aus, als er mitteilte, daß ein christlicher Arbeiter einem Freier eine Hofe geschenkt habe, um dadurch seinen Hebertritt zu erwirken. Ferner behauptete er, der Leiter eines christlichen Gewerkschaftskongresses habe die Parole ausgegeben, sich durch Streikbruch die Anerkennung zu erzwingen. Auf die Frage, auf welchem Kongress und von welchem Leiter das gesagt worden sei, mußte er keine Angaben zu machen. Zum Schluß predigte er die gewerkschaftliche Liebe und Einigkeit. Unter großer Heiterkeit verließ er das Podium. Jetzt ergreift ein Genosse Thabor das Wort. Unseres Wissens führte sich dieser in einem Orte am Westertor bei einem Pfarrer mit dem katholischen Kreuz „Gelobt sei Jesus Christus“ ein, um dadurch eine rote Gewerkschaftsversammlung zustande zu bringen. Es mißlang ihm jedoch. Er sprach über kapitalistische Entwicklung und verteidigte die sozialdemokratische Gewerkschaftsrichtung, die keinem den Eintritt verwehre. Er meinte auch, es sei nicht schön, daß man über Gegner, die nicht anwesend seien, zu Gericht sitze. Trotzdem gab er aber zu, daß in Krefeld Dinge passiert seien, die auch er verurteilen müsse. Seine Rede bewegte sich im übrigen in ruhigen Bahnen. — Kollege Vogt vom christlichen Bauhandwerkerverband knüpfte an die Ausführungen des Genossen Thabor an, daß man über nicht anwesende Gegner nicht sprechen solle; dieser Grundriß werde aber am allerwenigsten von den Genossen beachtet. Ferner betonte Redner, daß er nach gründlichem, fünfjährigem Studium zu der Überzeugung gekommen sei, daß mit hochtönenden Worten über Staatsumwälzung wenig erreicht werde; er habe deshalb den Hebertritt zum christlichen Verband vollzogen. Diefür habe man ihn in einer Versammlung in Bochum in der gemeinsten Weise angegriffen. Er habe sich bis jetzt passiv verhalten, jedoch könne er zu diesen Gemeinheiten nicht mehr schweigen. Die ererbtenen Vorwürfe gegen ihn seien nicht herabsetzend und weise er diese als böswillige Verleumdung entschieden zurück. Der Genosse Thabor habe ihm in seinen Ausführungen ein glänzendes Zeugnis ausgestellt und andererseits wolle man ihn herunterreißen. Eine solche Kampfesweise richte sich selbst. Die Stille in der Versammlung während dieser Ausführungen und der Beifall der Versammelten bewiesen den tiefen Eindruck, den die Worte des Redners gemacht hatten. Nunmehr kam der große Stratege, ein gewisser Sternberg, zum Wort. Der Mann mit dem jüdischen Namen betonte insbesondere die größere (???) Opferwilligkeit der sozialdemokratischen Verbände gegenüber den christlichen. Auch beschäftigte er sich mit dem Hebertritte Vogts. Seine iugendliche Wirkung auf die Versammlung ausgenutzt zu haben, trotzte er ab. Kollege Vogt stellte die Kampfesweise Sternbergs in das richtige Licht und erklärte die Motive der Rede gegen ihn. Er fragte: Kann ein einzelner Mensch die Bewegung machen? Die Person an sich ist doch gleichgültig. Warum also diese gemeine Kampfesweise. Wenn es so weiter gehen sollte, so sei es ihm recht. Kollege Schwarz wies im Zukunftswort auf die unethische Kampfesweise der Gegner hin, die auf seine ersten Feststellungen gar nicht reagiert hätten. Daß gegen Kollegen Vogt jetzt geht und über ihn gelogen werde, sei nur blinde Wut. Mit einem Appell an die Bauhandwerker, zum Eintritt in die christliche Organisation, schloß Kollege Schwarz. Die wütenden Hühnerrufe der Gegner quittierte die Versammlung mit starkem Beifall. Als letzter Redner sprach Kollege Marquardt. Die fromme Miene Thabors und der Sauberkeit Sternbergs wurden besonders gebrandmarkt. Durch Zitate aus sozialdemokratischen Schriften und Reden bekannter Führer strafe er die Genossen Lügen. Zu dem roten Flugblatt „Sprechende Zahlen“ bemerkte der Redner: Fragen Sie doch die Krefelder Arbeiter, denen man die statutenmäßige Unterstützung verweigert hat, dann haben Sie „sprechende Zahlen“. Ebenfalls dann, wenn Sie die vielen Austritte aus dem roten Verbande herüberzählen. Den Vorwurf Thabors, daß in der christlichen Hochburg Krefeld das Zweiklassensystem eingeführt sei, entkräftete Redner durch die Feststellung, daß in Thüringen, der roten Domäne, seitens des sozialdemokratischen Verbandes Mitglieder ausgeschlossen wurden, die sogar drei Stühle bedienten. Mit einem begeisterten Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung schloß die teils stürmische aber interessante Versammlung.

Hannover, den 10. Juni 1908. Auf der Tagesordnung unserer heutigen Mitgliederversammlung stand: 1. Abrechnung der Verwaltungsstelle und Mitgliederbewegung, 2. Verdienens. Der zweite Vorsitzende erteilte zum ersten Punkt dem Verwaltungsstellenkassierer das Wort zu seiner Abrechnung. Die Einnahmen für die Zentralkasse betragen im ersten Vierteljahr 1894,77 M. Davon gehen ab für Krankenunterstützung in 10 Fällen 111,45 M. für Gemäßregelungenunterstützung 20 M. besondere Auslagen für Cella 9,55 M. An die Zentralkasse wurden gesandt 1400 M. Neben mithin noch an die Zentralkasse zu senden 159,77 M. Die Einnahmen der Lokalkasse be-

stark gekauft von dem Sammelgeld, für das die Bergarbeiter Brot kaufen sollten.“

Christlich ist doch jedenfalls etwas anderes, als das hier Gefasene, und tugendvoll ist es auch nicht. Aber es ist möglich, daß der sozialdemokratische Bergarbeiterverband eine andere Auffassung vom Christentum hat, als wir. Wie ein Jünger dieser roten Bildungsstätte von einem seiner Freunde selbst eingeschätzt wird, das zeigte der sozialdemokratische „Beckruf“ in seiner Nr. 167 vom Jahre 1902 über den geistigen Inspirator des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes Otto Hue. Er schrieb:

„Jede Geistesverfassung ist ihm geläufig, von der ruhigsten Sachlichkeit bis zur größten Erregung, und wenn es not tut, ist ihm auch Sentimentalität geläufig. Hat er seinen Zweck erfüllt, dann fällt er in schwachen Stunden nicht selten aus der Rolle und erzählt höhnisch, welcher Trick ihm den Erfolg verschaffte. Diese Seite seines Charakters hat es nicht allein zuwege gebracht, daß Parteigenossen, auf deren Urteil er viel hält, ihm die Freundschaft künftigen, auch in Gewerkschaftskreisen hat er schon manche Freundschaft eingebüßt. Wir können, wenn es verlangt wird, mit Namen dienen. . . Wenn Redakteur Hue als Kronzeugen den Genossen H. d. St. anruft, so sei hier nur bemerkt, daß derselbe Hue sich in bezug auf diesen äußert: Ich liebe den Verrat, aber den Verräter hasse ich. Ob ein solches Urteil angebracht ist über H. d. St., lassen wir dahingestellt, es beweist nun wieder einmal, daß Redakteur Hue absolut nicht wählerisch ist in der Wahl der Mittel, wenn diese nur seinen Zwecken dienen. Tatsachen beweisen. . . Es wird behauptet von Redakteur Hue durch Verdrehung und Fälschung unserer Ausführungen. Der Zweck ist klar. In der vorletzten Kartellführung hat Hue schon erklärt: Bei der Reichstagswahl hat ihr uns doch wieder nötig! Versteht man um? Die Bergarbeiter werden“ aufgebracht gegen die Gesamtbevölkerung, wenn jemand wagt, anderer Meinung und anderen Willens zu sein, wie Redakteur Hue. Wer das persönliche Verhalten Hues kritisiert, der wird angeklagt, den Bergarbeiterverband angegriffen, die Bergarbeiter beschimpft zu haben, ein bekannter Demagogentipp, der von großer Mute zeugt, man macht sich zum Verbänd der Bergarbeiterschaft, vertreibt sich hinter diese, wenn man Schläge fürchtet. Selbst wenn wir uns mißverständlich ausgedrückt haben sollten, dann zeigt die Huesche Veröffentlichung die Absicht, die Bergarbeiter aufzubringen. Da wir z. B. ausdrücklich in bezug auf die Erklärung Hues, von den Beiträgen dürfe unter keinen Umständen etwas für das Rechtschreibbureau verwendet werden, man müsse sich nunmehr vertraut machen, ohne Mißhilfe der Bergarbeiter das Bureau hoch zu halten, Hue hieraus fälscht, wir hätten gesagt, man müsse den Bergarbeitern den Stuhl vor die Tür setzen, liegt die Absicht der Aufhebung klar auf der Hand. Für die Reichstagswahl hat ihr uns doch wieder nötig. Wer merkt da nicht die Absicht? Und das, was Hue verlangt, daß sein Wille unter allen Umständen maßgebend ist, wer es wagt, ihm entgegenzutreten, muß verurteilt werden, sonst verliert man sich hinter die 40 000 Mitglieder, liegt diese auf. So werden die Beschlüsse des internationalen Kongresses — Unterstützungen von Kandidaten zur gesetzgebenden Körperschaft — illusorisch, deren Befolgung von dem Willen einer Person abhängig.

Wer das von uns verfaßte Flugblatt „Ein ernstes Wort an die Parteigenossen“ gelesen hat, der weiß, daß es uns nicht darum zu tun ist, Stimmvieh zu fangen, sondern überzeugungsreue Genossen zu erziehen. Diese unsere politische Tätigkeit, speziell unter den Bergarbeitern, kennt Redakteur Hue sehr wohl, und deshalb sein Bemühen, uns zu verächtigen. Es paßt das nicht in seine Diktatorengelüste. Hue bringt es fertig, uns zu unterschätzen, gesagt zu haben, in bezug auf die Bergarbeiter: „Ein Eckel erfährt mich vor dieser Gesellschaft.“ Das Wort ist gesprochen, aber ausdrücklich in bezug auf das persönliche Vorgehen Hues und seinen Kronzeugen, weil dieselben sich hinter die Organisation verstecken, um Mache an einzelnen Personen zu nehmen. Es ist sehr bezeichnend, daß die Angegriffenen sich nicht persönlich gegen den Vorwurf verteidigen, statt dessen sich hinter 40 000 Bergarbeiter verziehen.

Zu dem Bericht zeigt Hue uns des Unverantwortlichkeitsgefühls. Diese Fasel wir haben nie eine Person im Partei- oder Gewerkschaftsleben kennen gelernt, welche mehr Feigheit vor der öffentlichen Verantwortung ihrer Zeitungen an den Tag legte, als Redakteur Hue. Dieser Mann, der schon in unzählige Streitigkeiten mit leitenden Genossen verwickelt war, vertritt sich früher stets hinter die Effener Genossen. Unzählige Sitzungen waren notwendig, um Hues Ehre zu reparieren. Heute ist es nicht mehr möglich, die Effener Genossen als Vorwand zu nehmen, heute vertreibt sich der große Geist hinter 40 000 Bergarbeiter und zerrt den Verbandsvorstand in seine Zettelungen hinein. Die niedrigsten menschlichen Instinkte werden wachgerufen und gegen den Angreifer geht, wenn sich jemand erlaubt, den Papst zu fassen. Seine Streitlust brachte Differenzen in Dortmund mit den früheren leitenden Personen wie Lehmann, Hejse, Bloch, ferner mit deren Nachfolgern Bredenberg, Scheibe und Haenisch. In Bochum hatte Hue Differenzen mit dem Partei-Vertrauensmann Lüdel, mit dem Redakteur Wolf, Müller und anderen mehr. In Essen hatte Hue Differenzen mit allen nur irgendwie in der Bewegung hervortretenden Genossen. Die Spuren Hues sind gezeichnet durch persönlichen Haß. Wer aber wagt zu behaupten, Hue sei schuld an dem persönlichen Haß und Stank, der wieder durch denselben Hue befehlet, daß er den Bergarbeiterverband anzugreifen habe. Wenn Hue wegen seines Verhaltens angezapft wird, dann vernimmt man Gewimmer: böse Menschen, die nicht einmal Bergarbeiter sind, machten sich an, in die Angelegenheiten der Bergarbeiter hineinzuwickeln. Wir denken, nichts ist geeigneter, den Redakteur Hue in seinem ganzen Verantwortlichkeitsgefühl erglänzen zu lassen und die Kräfte zu zeigen, die diesen Mann bewegen. Unser Urteil beruht auf zirka zehnjährigen Erfahrungen im Umgang mit diesem Mann. Gewiß wird man jetzt wieder schreien über Angriffe unerbürter Art gegen „mich Hue, den verdienstvollen Mann“. Nach all dem Vorgefallenen hielten wir es für notwendig, Hue einmal „nackt“ zu zeichnen. Einmal zur persönlichen Rechtfertigung hatten wir bis jetzt das Wort gegen Hue ergriffen, dieses ist das zweite und letzte Mal. Wir haben Wichtigeres zu tun, als uns mit Personen zu befassen, welche sich in dem Gedanken wagen: die Arbeiterbewegung bin ich. In Parteikreisen wird der Mann längst richtig eingeschätzt.“

Wir glauben, das genügt. Wenn das am grünen Holze geschieht, was soll dann mit dem dürren geschehen! Die sozialdem. „Bergarbeiterzeitung“ treibt einen ganz erbärmlichen Schwindel, sie sucht Zweifelnde einzufangen und Dumme zu fangen. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Christliche Arbeiter, merkt's euch!

trugen 1904,79 M. Davon wurden verausgabt für Hauskassierung und Austragen der „Baugewerkschaft“ 303,62 M, für Porto und Schreibmaterial 88,34 M, für Inserate und Druckkosten 53,76 M, für Fahrgelei und Speisen zur Bezirkskonferenz 67,25 M, für Gehalt des Lokalbeamten 450 M, für Bureauausgaben 25,95 M, für Bureauumkleide 25 M, für Unterhaltung in Notfällen 10 M, für Agitation 58,23 M, für Kartellbeiträge 109,40 M, eine Tafel 10 M, für Volksbureau (1,25 M pro Kranz) 16,30 M, für Gehalt des Kassierers 31,25 M, in Summa 1249,10 M. Bleibt mithin ein Bestand für das nächste Vierteljahr von 655,69 M. Die Zahl der Mitglieder am Schlusse des vorigen Quartals betrug 834, aufgenommen wurden im letzten Vierteljahr 123, zugereist sind 26, abgereist sind 16, sonstiger Abgang 1. Somit Mitgliederstand am Schlusse des Quartals 968. Davon sind Maurer 630, Zimmerer 46, Dachdecker 37, Hilfsarbeiter 233, Stukkateure 21. Die Zunahme und der gute Fortschritt der Mitgliederzahl wurde von der Versammlung mit kräftigem Bravo begrüßt. Dem Verwaltungsverzeichnis wurde Decharge erteilt. Im Punkt 2 wurden vom Vorsitzenden die gefassten Beschlüsse der Arbeitgeber gegen die Schlinge betreffs Junggesellen geschilbert, und die Kollegen ermahnt, mit neuen Kräften in die Frühjahrsagitation einzusetzen, damit wir die Junggesellen möglichst auf unsere Seite herüberziehen.

Hamborn, den 8. Juni 1908. Durch kräftige Mitarbeit der Kollegen ist unsere Zahlstelle im Laufe des Frühjahrs auf über hundert Mitglieder angewachsen. Daher kommt es denn auch, daß meist Versammlungsbesuch ein guter zu nennen ist. Am Samstag fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Schneider ein Referat über die Wichtigkeit der Tagespresse hielt, und die Mitglieder ermahnte, wenigstens ihr Verbandsorgan gründlich zu studieren. Ueber die Unternehmung können wir uns allgemeinen nicht klagen; außer der größten Firma (Jordan), die es vorzieht, von unserem Verbande keinen mehr einzustellen. Aus „Bersehen“ wurde unser Kassierer, der dort schon lange Jahre in Arbeit stand, den Tag vor Weihnachten auf die Straße gesetzt. Demerkt sei noch, daß diese Firma auch einen großen Teil der Gemeinbearbeitung ausführt, trotzdem gerade selbige Firma noch nie richtig die Tarifbestimmungen eingehalten hat, und es auch heute noch für nötig hält, ihre Leute 11 Stunden arbeiten zu lassen. Daß die Gemeinde einer solchen Firma die Arbeit überträgt, kommt daher, daß hier in der größten Landgemeinde die Gemeindevertretung nicht mit dem Tropfen sozialen Dels gesalbt ist, die meisten aber auch von der Großindustrie abhängig sind. Mit der allgemeinen Lage können wir uns zufrieden geben.

Mün. den 4. Juni 08. Um den Versammlungsbesuch, der in der letzten Zeit in der Mitgliederversammlungen viel zu wünschigen übrig ließ, anregender zu gestalten, aber auch um den Kollegen größere Vorteile in den Versammlungen bieten zu können, beschloßen jüngst die Vorstände der hiesigen Zahlstellen, einmal im Monat, an jedem ersten Mittwoch, eine kombinierte Versammlung aller Bezirke abzuhalten. Jedoch sollten die Mitgliederversammlungen in der Zwischenzeit beibehalten werden. Die erste derartige Versammlung fand gestern abend in der „Aone“, Gr. Griechenmarkt 16, statt. Kollege Bredemann vom Gesamtverband referierte über „Die Krankenversicherung unter besonderer Berücksichtigung des Konflikts zwischen den Ärzten und den Köhner Krankentassen“. In der ihm eigenen lebendigen Art schilderte derselbe in packender Weise die Entstehung und den Werdegang der Krankenversicherung. An der Hand von Zahlenmaterial zeigte er die eminenten Vorteile, die die Krankenversicherung der deutschen Arbeiterschaft gebracht hat. Wer dennoch bei der Krankenversicherung äußerst verbesserungsbedürftig, namentlich müßten alle die vielen kleinen Kassen und Zuzüge, die nicht leben und nicht sterben könnten, zu großen Bezirkskrankentassen zusammengefaßt werden. Eine Zentralisierung müßte vorgenommen werden, weil nur große, mit starken Kassen versehene Krankentassen in der Lage seien, ihren Mitgliedern diejenigen Vorteile zu gewähren, wie sie in der Gesetzgebung zum Ausdruck gebracht worden seien. Zu dem Konflikt zwischen den Ärzten und den hiesigen Krankentassen führte der Referent aus, daß der Leipziger Ärzte-Verband (Abteilung für freie Arztwahl) keine weiteren Verträge mit den hiesigen Krankentassen abschließen wolle, wenn nicht die „unbeschränkte“ freie Arztwahl beibehalten würde. Die Krankentassen lehnten dieses jedoch ab, und zwar in berechtigter Weise, weil durch die „unbeschränkte“ freie Arztwahl die Ausgaben für Arzthonorare ins Unermessliche stiegen. So seien seit der Einführung der „unbeschränkten“ freien Arztwahl im Jahre 1904 die Ausgaben für Arzthonorare um 90 bis 120 Prozent in denjenigen Kassen gestiegen, die in derselben Zeit eine Mitgliederzunahme von 5 bis 12 Prozent hatten. Aus diesem Grunde müßten die Beiträge stets erhöht werden, dagegen müßten die Leistungen, um die Kasse lebensfähig zu halten, herabgesetzt werden. Dann aber auch könne in Wirklichkeit von einer „unbeschränkten“ freien Arztwahl nicht die Rede sein, weil bei schweren Erkrankungen die Kassenmitglieder doch stets den Krankenhäusern überwiegen würden. Des weiteren lehnten es auch die ersten Autoritäten, wie Professoren usw. ab, die Kassenmitglieder zu behandeln; dieselben behandelten nur auf einen Ueberweisungsschein eines anderen Arztes hin. Das Bestreben der Krankentassen sei deshalb darauf gerichtet, die beschränkte freie Arztwahl einzuführen, und zwar derart, daß genügend Ärzte für die Kassen angestellt würden, und unter diesen die Kassenmitglieder sich den Arzt ihres Vertrauens wählen könnten. Das heutige System der unbeschränkten freien Arztwahl sei unhaltbar, weil dadurch die Kassen schwer geschädigt würden. Keiner Beifall wurde am Schlusse seiner Ausführungen dem Referenten zuteil. In der sehr lebhaft geführten Diskussion sprachen sich die Kollegen übereinstimmend dahin aus, daß, wenn die „unbeschränkte“ freie Arztwahl zum Nachteil der Krankentassen sei, und dieses sei ja durch die Erfahrung der letzten Jahre erwiesen, müßte die beschränkte freie Arztwahl eingeführt werden. Denn, so hob ein Diskussionsredner mit Recht hervor, die Krankentassen seien doch nicht allein der Ärzte wegen geschädigt, sondern um der Arbeiterschaft in den Tagen der Krankheit helfend unter die Arme zu greifen, sie vor Not zu bewahren. Nachdem der Punkt erledigt, erinnerte Kollege Beder an die Bundesdelegiertenversammlungen. Es sei nicht angängig, daß in den Bundesdelegiertenversammlungen nur einige Bau- bzw. Platzbelegierte anwesend seien; fortan müßten die Kollegen auf den Baustellen unbedingt von dem als Bundesdelegierten gewählten Kollegen verlangen, daß derselbe die Sitzungen auch besuche. Des weiteren ermahnte Kollege Beder alle Kollegen, beim Wohnungs- oder Logiswechsel unverzüglich Meldung beim Vorstand oder auch dem Bureau, Palmstr. 14, zu erstatten, damit keine Unterbrechung in den Kassenangelegenheiten erfolge.

Mülhausen i. E., den 2. Juni. Terrorismus, Bergewaltigung sind jetzt jähndig bei den Mülhäuser „Genossen“ an der Tagesordnung. Die Hoheit dieser Leute geht über alle Grenzen. In Nummer 20 der „Baugewerkschaft“ brachten wir einen Artikel, der sich mit dem Terrorismusfall betreffs der „Maister“ beschäftigte. Heute sind wir wiederum gezwungen, von einem schändlichen Ueberfall zu reden. Unser Kollege Schaffhauser, der am 2. Mai mit einem von dem „Genossen“ Lorenz besprochen wurde, bis er zusammenstürzte, weil er den 1. Mai nicht als Beurlaubter für sich gelten ließ, wurde nun wiederum am Samstag, den 3. Mai, von einem sozialdemokratisch organisierten Bundesdelegierten namens Brendle auf offener Straße überfallen und geschlagen. Als sich Sch. dem roten Stranzkrieger gegenüber zur Wehr setzte, verschwand dieser im schnellsten Tempo. Das Ausschweifen hat der Terrorismuswelsch vorausgegangen, von dem die hiesigen Bauarbeiter nicht erlöst zu werden vermögen. In er erlaubt und wird ebenfalls, wie schon im Nr. 2 mit der Staatsanwaltschaft Bekanntschaft machen.

Solche Gewalttätigkeiten sind in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen. Bis heute ist uns aber nichts bekannt geworden, daß die Führer dieser Menschen dieses schändliche Vorgehen verurteilt hätten. Zum Beweis dessen, daß die Führer dieser „Menschen“ die Sache noch gutheißen, diene die letztere stattgefundene rote Bauhilfsarbeiterversammlung, in der ein Mitglied sich schärf gegen die der Freiheit ins Gesicht schlagende Handlungsweise einiger Genossen wandte. Darauf fragte Genosse Troll, der Beamte des roten Bauhilfsarbeiterverbandes (wie uns selbst von Genossenseite mitgeteilt wird), den betr. Kollegen, was er für einen Schulmeister gehabt hätte in der letzten Zeit. Was damit gesagt werden soll, wissen wir. Wir werden aber alles daran setzen, unsere Schulmeister noch immer weiter in die verstockten Herzen der Mülhäuser Genossen dringen zu lassen. Also so wird der schändliche Terrorismus von den Führern der Genossen verurteilt. Noch begreiflicher erscheint uns das Vorgehen der Genossen, wenn wir uns an die schon längst bestehende geheime Parole erinnern, die da lautet: „Die Christlichen müssen aus Mülhausen hinaus!“ — Das Organ des roten Stukkateurverbandes war in diesem Frühjahr schon einmal in der angenehmen Lage zu berichten, daß die Zahlstelle der christlichen Gipser nur noch 10 Mann stark wäre. Auf ihrer Seite wurden 92 Mitglieder angegeben. Dem famosen Berichtserfasser war es aber bekannt, daß die Christlichen nicht 10, sondern 52 zahlende Mitglieder aufweisen können (heute sogar 53). In diesem Beispiel ersieht man zur Genüge die Schwindel-männer der Mülhäuser Genossen und kann ersehen, welchen Wert deren Angaben haben. Zu Anfang, als wir in Mülhausen Fortschritte machten, wurde von Genossenseite alles versucht, unsere Organisation als nicht leistungsfähig hinzustellen, ganz besonders wurden wir als Anhänger der Pfaffen und als Zentrumsgezwirler verächtigt. Als dies alles nichts half, nur das Gegenteil erreicht wurde, mußten andere Mittel verjucht werden. Jetzt müssen die roten Helfen schon zu Täuschungen übergehen, da es ihnen unmöglich scheint, mit anständigen Waffen des Geistes ihr verwerfliches Ziel zu erreichen. Das ist die Frucht der roten Erziehung. — Hier kann man den Führern der roten Verbände, sowie der „Mülhäuser Volkszeitung“ den Vorwurf nicht ersparen, daß sie für die Roheiten und Exzesse ihrer Anhänger verantwortlich zu machen sind, weil sie, statt dieses arbeiterschädliche Treiben ihrer Genossen zu unterdrücken, ihm lächelnd zusehen. Die Genossen wollen doch volle Freiheit und Gleichheit der Menschen in Staat und Gesellschaft, volle Anteilnahme an den Ergründungen der Kultur für den letzten unter uns. So verkündet doch breitpurzig die Sozialdemokratie. Jawohl, wenn Theorie und Praxis bei den Genossen nur nicht zwei verschiedene Dinge wären. In puncto „Gleichheit“ besteht bei dieser Gesellschaft klaffender Widerspruch. Die oben angeführten Selbsttaten bestätigen das. — An alle christlich organisierten Bauhandwerker Mülhausens geht die dringende Mahnung, dafür zu sorgen, daß alle Bauhandwerker, die noch christlich denken und nichts von der „Kulturmission“ der roten Freiheitshelden wissen wollen, nun endlich zu ihren richtigen Arbeitsbrüdern und Gesinnungsgenossen, in den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands gebracht werden, damit der rote Uebermut und Machißpiel gedämpft werden kann. Dieses kann nur geschehen, wenn die Kollegen noch mehr wie bisher ihre Pflicht erfüllen und mitarbeiten. Wir hoffen es, denn der gesunde Sinn der Mülhäuser Bauarbeiterchaft bürgt uns dafür. Christliche Bauhandwerker Mülhausens! Haltet hoch das Banner der christlichen Arbeiterschaft, die für echte Freiheit kämpft in den christlichen Gewerkschaften!

Wilhelmshaven. Nachdem wir beinahe zwei Jahre lang in der „Baugewerkschaft“ nichts über unsere Verwaltungsstelle berichtet haben, so könnten unsere auswärtigen Kollegen auf den Gedanken kommen, die Wilhelmshavener Kollegen sind unserer Sache untreu geworden und die Verwaltungsstelle schläft den Schlaf des Todes. Ganz so weit sind wir nicht gekommen, doch war das verfloßene Jahr ein Jahr des Niederganges. Ursache war die übertriebene Bauspekulation, welche hier seit 1900 herrschte und eine außerordentliche Ueberproduktion an Wohnungen geschaffen hatte. Durch einflußreiche Geldleute wurde die Vergabe von Baugeldern nach Wilhelmshaven und Umgegend fast gänzlich abgebrochen, so daß das Verhängnis plötzlich hereinbrach und ein vollständiger Stillstand im Baugewerbe eintrat. Außer etwas Flickarbeit war nichts im Baugewerbe zu tun, und so mancher verheiratete Kollege griff zur Schaufel, um als Erdarbeiter für einen weit geringeren Lohn bei den fiskalischen Hafenerweiterungen zu arbeiten, um nicht zum Wandertab greifen zu müssen. Um sich einen Begriff von dem Niedergang der Bauwirtschaft hier am Plage zu machen, sei nur erwähnt, daß zur Zeit der Hochkonjunktur etwa annähernd 4000 Personen beschäftigt waren, wovon im vorigen Jahre etwa 500 übrig geblieben waren. Daß ein solcher Rückschlag auch nicht spurlos an unserer Verwaltungsstelle vorüberging, können sich die Kollegen wohl vorstellen. Wir sanken 1906 von 105 Mitgliedern bis auf 28 im verfloßenen Jahre. Zu Beginn dieses Jahres sah es noch eher trostlicher aus, aber auch hoffnungsvoller; war zwar keine Privatarbeit vorhanden, so stand doch um so mehr fiskalische Arbeit bevor, welche hervorgerufen wird durch die umfangreichen Hafenerweiterungsbauten und die Vermehrung der für die Marine notwendigen Baulichkeiten, Kaserne, Verwaltungsgebäude, Offizierswohnungen usw. so daß wir dieses Jahr eine verhältnismäßig gute Baukonjunktur haben. Jedoch bevor wir Gelegenheit zur Arbeit hatten, sollten wir die Arbeitsbedingungen vertraglich regeln. Der alte Vertrag war im Jahre 1906 abgelaufen, und da sich keine günstige Gelegenheit bot, eine Verbesserung zu erringen, arbeiteten wir dieses Jahr vertragslos. Da aber die Arbeitgeber einen Vertrag wünschen, müssen wir uns dazu bequemen. Daß es unter obengenannten Verhältnissen trotz aller Anstrengungen unmöglich war, eine Verbesserung für unsere Kollegen zu erringen, werden sich die Kollegen leicht vorstellen können. Hierbei möchten wir bemerken, daß es uns diesmal gelungen ist, an der Tarifgemeinschaft teilzunehmen. Von Seiten der freien Maurer wurden uns keine Schwierigkeiten bereitet, jedoch wollte es den freien Zimmerern nicht recht behagen, daß wir mit ihnen gleichberechtigt sein, sollten. Doch da die Arbeitgeber ihrem Wunsch nicht nachgaben, mußten sie sich unterwerfen und zwar bedingungslos, was sie auch von vornherein gern wollten, wenn bloß die verhassten Christlichen vom Vertrag ausgeschlossen worden wären. Wir begannen das erste Quartal mit neuen Kollegen und haben durch Agitation unseren Mitgliederstand auf nahezu 50 gebracht. Es wäre zu wünschen, wenn wir noch etwas Zugewinn erhielten, da die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag besser wird. Zureisende Kollegen werden erjucht, bevor sie Arbeit suchen, sich bei unserem Vorsitzenden, Kollegen Aug. Meritz, Bau- u. Wilhelmshaven, Kirchstr. 11, zu melden, wo ihnen Arbeit nachgewiesen wird. Die Kollegen am Orte werden erjucht, bei der sich immer mehr bessernden Konjunktur sich nicht die Früchte entgehen zu lassen und unter den zureisenden Kollegen energisch zu agitieren, dann werden wir auch bald die Zunden, welche uns das verfloßene Jahr geschlagen hat, geheilt haben. Ein jeder Kollege muß es sich zur Aufgabe machen, daran mitzuwirken, daß wir dieselbe Mitgliederzahl erreichen, wie wir sie im Jahre 1906 hatten, und dann im nächsten Jahr mit neuem Mut an das zweite Hundert, eingedenk der Worte des Dichters: Es wächst die Kraft mit den Gewalten, die feindlich ihr entgegenstehn, Gleich Wipfel sich entfalten, wenn über sie die Stürme ziehn.

Überhausen Sonntag, den 31. Mai, vormittags 11 Uhr, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag des Kollegen Krenner über den Erfolg der diesjährigen Lohnbewegung und die Arbeit-

geberorganisation, 2. Wahl eines Hilfskassierers, 3. Wahl eines ersten Schriftführers, 4. Verschiedenes. Nach einer kurzen Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden, erteilte er dem Kollegen Krenner das Wort. Der Referent schilderte in seiner Ausführungen den moralischen Erfolg der diesjährigen Lohnbewegung. Er betonte, nur durch ruhiges und sachliches Vorgehen könne etwas Gutes geschaffen werden. Er legte ferner dar, daß wenn wirklich in diesem Jahre ein Kampf entbrannt wäre, voraussichtlich nicht mehr hätte erzielt werden können, als es jetzt der Fall ist. Bezugnehmend auf das Kampfsjahr 1907 wies er nach, daß bei den meisten Tarifabschlüssen in 1907 die Arbeitgeber schon auf das Jahr 1908 bedacht gewesen wären. Denn das Jahr 1908 hätte das Jahr der Niederlage werden sollen für die Arbeiterschaft im Baugewerbe. Wenn es nicht dazu gekommen ist, dann ist das der organisierten und disziplinierten Arbeiterschaft zu verdanken. Wenn es auch hier und da einige Kollegen gebe, welche mit dem Erfolg in diesem Jahre nicht einverstanden wären, so sollten sie bedenken, daß bei einem Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen vor allem die Konjunktur eine Hauptrolle spiele; neben dieser aber auch eine straffe, geschulte und disziplinierte Arbeiterschaft. Kollege Krenner legte die Stellung der Arbeitgeber klar, ihr Programm und ihre Pläne für die Zukunft. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinschaftlich für beide Teile, für Pflichten und Rechte eintreten, dann müßte der Frieden den Erfolg bringen für jeden einzelnen, und für das gesamte Gewerbeleben. In der Diskussion sprachen die Kollegen Höber, Niebel, Bromm und Bönningshausen sich im Sinne des Referenten aus. Im Punkt zwei wurde Kollege Lehmann einstimmig als Vertrauensmann gewählt. Im Punkt drei wurde Kollege Ferd. Niebel als erster Schriftführer gewählt; beide nahmen die Wahl an und versprachen nach besten Kräften für die Organisation einzutreten. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde die einstündige Arbeitszeit stark kritisiert und wurde man sich schlüssig, dahin zu wirken, daß da, wo noch 11 Stunden gearbeitet werde, so viel wie möglich die Einschränkung herbeizuführen. Ferner wurde bestimmt, in Zukunft die Versammlungen stets am Samstag abends 8 1/2 Uhr einzuberufen. Auch das Baubelegerwesen wurde scharf unter die Lupe genommen und betont, daß die Baubelegeren so viel als möglich auch die Sitzungen besuchen müssen. Wenn nur durch ein gut funktionierendes Vertrauensmannesystem könnte man sich den gewünschten Erfolg in der Organisation versprechen.

Siegen. Die Frühjahrskonferenz unserer Verwaltungsstelle fand am Himmelfahrtstage in Siegen statt. Vertreten waren 13 Zahlstellen, entschuldigt hatten sich Herborn und Silberg, während Freudenberg und Morsbach ohne Entschuldigung fehlten. Von Seiten des Zentralverbandes war Kollege Meyer (Berlin) erschienen. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Bericht des Vorstandes und der Delegierten, 2. Erledigung von Anträgen, 3. Neuwahl des Vorstandes. Aus dem Bericht des Vorstandes, welchen Kollege Hiltensbrand erstattete, entnehmen wir folgendes: Tarifverträge bestehen in den Kreisen Siegen und Altenkirchen, während im Kreise Wittgenstein eine Lohnbewegung eingeleitet ist. Die Mitgliederzahl ist trotz der flauen Bauwirtschaft (welche sich in den letzten Wochen wesentlich gehoben hat) gestiegen. In den einzelnen Zahlstellen muß mehr Wert auf die Erhaltung der Mitglieder gelegt werden, da die Zahl der Neuaufgenommenen auch in diesem Jahre wieder groß ist. Dazu ist eine energische Kontrolle und tüchtige Hauskassierung nötig. Durch die sich monatelang hinziehende Lohnbewegung ist die Agitation nicht in erwünschtem Maße betrieben worden, was in der Friedenszeit nachgeholt werden muß. In Birkelbach und Silberg wurden neue Zahlstellen gegründet. Der größte Hemmschuh in unserer Verwaltungsstelle ist der Indifferentismus. Das Beitragsgehälte ist es, was diese Arbeiter von der Organisation fernhält. Trotzdem weiß jeder, daß gerade unsere Organisation es gewesen ist, die den Stundenlohn auf 48 Pf. gebracht hat. Daß die Unternehmer nicht freiwillig diesen Lohn zahlen, sehen wir deutlich genug. So kommt es in Herborn vor, daß eine Kolonne unorganisierter Maurer bei 11stündiger Arbeitszeit nur so viel Tagelohn erhält, wie laut Vertrag in 10 1/2 Stunden bei 48 Pf. gezahlt werden muß. Wieber, als daß diese unglücklichen Beiträge in die Organisation zahlen, damit schließlich dem Unternehmer der Vertrag zum Bewußtsein gebracht wird, arbeiten sie eine halbe Stunde umsonst. Nach den neuen Verträgen darf nur nach Vereinbarung an Invalide und Junggesellen ein niedrigerer Lohn gezahlt werden. Hieran lehnen sich unsere Siegerländer Unternehmer ebenfalls nicht; ganz abgesehen von den Junggesellen, denen Löhne von 40-46 Pf. gezahlt werden. Hier sei es Aufgabe der Organisation, den Indifferentismus aufzurütteln, um ihn für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Die Diskussion über den Bericht war recht lebhaft, wobei von den Delegierten die Verhältnisse in den einzelnen Zahlstellen geschildert wurden. Hervorgehoben wurde besonders, daß viele Mitglieder im Beitragsgehälte nachlässig seien, und hierdurch den Vertrauensleuten ihr Amt erschweren. Mehr Opferwilligkeit und ein besserer Versammlungsbesuch sind für eine straffe Organisation erforderlich. Bezüglich des zweiten Punktes, Erledigung von Anträgen, wurde beschlossen, in allen Zahlstellen einen Vortrag zu halten, mit der Tagesordnung: „Sind die Mitglieder gewillt, die Mittel zur Anstellung eines Lokalbeamten aufzubringen, und warum sollen die Zahlstellen aufgelöst werden?“ Zum dritten Punkt „Vorstandswahl“ wurden folgende Kollegen neu bzw. wiedergewählt: Anton Himmerich (Kirchen) als erster, Peter Anselm (Kirchen) als zweiter Vorsitzender; Karl Hiltensbrand (Siegen) als erster, Karl Gundrum (Siegen) als zweiter Kassierer; Heinrich Kömig (Lafeld) als erster, Hermann Hundt (Siegen) als zweiter Schriftführer. Zu Revisoren Karl Reichard (Wifsen) und Christian Rink (Weidenau). In seinem Schlußwort wies Kollege Himmerich auf die geleistete Arbeit der Konferenz hin, wobei er feststellte, daß die heutige Konferenz gezeigt habe, daß es trotz aller Schwierigkeiten im Siegerland vorwärtsgehe. Tue jeder seine Schuldigkeit, dann werden alle Hindernisse überwunden. Im Anschluß an die Konferenz fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Meyer über die diesjährige Lohnbewegung referierte, wobei er besonders die Gründe, die zum Abschluß des Tarifvertrages für uns maßgebend waren, hervorhob. Der Redner erntete für seine vortrefflichen Ausführungen lebhaften Beifall. In der Diskussion unterzog Kollege Hiltensbrand unsere irdischen Verhältnisse einer scharfen Kritik, wobei er die Handlungsweise einiger Unternehmer gegenüber dem neuen Vertrage treffend kennzeichnete. Sollten die Siegerländer Arbeitgeber dem neuen Vertrage in Zukunft nicht besser nachkommen wie bisher, dann würde von Frieden keine Rede sein. Da die Schlichtungskommissionen bis jetzt noch nicht bestanden, müßten sich die Kollegen vorbereiten, bis die Einberufung einer Sitzung möglich ist. Dann werde es sich zeigen, ob unsere Arbeitgeber dem Vertrage nachkommen wollen oder nicht. Die schön verlaufene Versammlung endigte mit einem brausenden Hoch auf unsere Organisation.

Söhren (Hunsrück). Am zweiten Pfingsttag wurde auf Verlangen einiger organisierter Kollegen eine öffentliche Versammlung zur Gründung einer Zahlstelle abgehalten. In derselben sprach Kollege Baque von St.-Johann über die Notwendigkeit der Organisation. Redner schilderte die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit. Nachdem sich die Meister auf dem Hunsrück vor kurzem zusammengetan haben, wäre es eine Gleichgültigkeit sondergleichen, wenn der wirtschaftlich Schwächere nicht dasselbe tun würde. Leider ist zu bebauern, daß fast überall erst dann der Arbeiter zur Einsicht kommt, wenn er den Druck von oben nicht mehr ertragen kann. Wir dürfen

und allerdings nicht mit dem Gedanken tragen, daß unsere Aufgaben dann erfüllt sind, wenn wir organisiert sind, nein, die Pflichten innerhalb der Organisation muß sich ein jeder Gewerkschaftler stets vor Augen halten, vor allem die Tugend der Pfrerredigkeit üben. Und nicht allein in finanzieller Beziehung ist diese Aufgabe erfüllt, sondern auch die persönlichen Opfer nicht vergessen. Das Tagesgespräch soll immer wieder auf die Organisation gelenkt werden, das fördert das Interesse der betr. Zahlstelle. Als zweiter Redner sprach Kollege Schmidt aus Warendorf über die verschiedenen Richtungen innerhalb unserer Gewerkschaftsbewegung. Es war eine Notwendigkeit, daß hier am Orte über diese Frage Aufklärung geschaffen wurde, da eine Anzahl Kollegen aller Berufe in den Sommermonaten in die Fremde ziehen und dort in den öffentlichen Versammlungen von den Allverweltverbessern die „großen“ Reden anhören, lieber aber nicht begreifen, daß damit auf wirtschaftlichem Gebiete noch lange nichts geleistet ist. Denn das beweist uns die Statistik über die Streikunterstützung der beiden Verbände in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens. Hat doch der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter mehr wie das Doppelte trotz seiner kleinen Mitgliederzahl an Streikunterstützung gezahlt. Die beiden Summen von 58 000 M. und 26 000 M. zeigen uns zur Genüge, wenn es ernst war, die gedrückte Lage der Arbeiterschaft zu heben. Seitdem die christlichen und christlichen Gewerkschaften auf dem Plane erschienen sind, ist es auch besser geworden mit der Lage der Arbeiterschaft. Aber stets sind die christlichen Gewerkschaften einem fortwährenden Kampf ausgesetzt, wo man eigentlich ihnen dankbar sein sollte. Da doch diese Arbeiter sich niemals der Sozialdemokratie anschließen würden, und somit ein Hemmschuh beim Aufwärtsstreben des vierten Standes geworden wären. Aber die Bestrebungen der „Freien“ oder besser gesagt Sozialdemokraten, sind ganz andere! Auf ihrer Fahne steht der Klassenkampf, und das Endziel: die Beseitigung des Privateigentums. Kollegen von Eöhren und Umgebung, dieses arbeiterschädigenden Treibens können wir nur begegnen, wenn wir unsere Reihen stärken und vor allen Dingen uns geistig schulen. Dann werden wir ganze Männer, die nach jeder Hinsicht ihren Posten ausfüllen. Wir werden uns erst dann in der Fremde frei und offen als das bekennen, was wir in unserem tiefsten Herzen sind, und zwar Christlich-nationale Arbeiter.

Bauhilfsarbeiter.

Berlin. Die außerordentliche Generalversammlung, welche die Zahlstelle der Bauhilfsarbeiter Groß-Berlins am 31. Mai abhielt, beschäftigte sich mit der Einführung eines Ortsstatuts. Der Vorsitzende führte den Mitgliedern vor Augen, daß es ein weiterer Fortschritt wäre, wenn unsere Zahlstelle örtliche statistische Bestimmungen hätte (die hiesige Zahlstelle der Maurer hat solche bereits seit 1903), wonach sich jedes Mitglied zu richten hätte, und der Vorstand das gedruckte Ortsstatut nicht dem neuen Arbeitsvertrag den Mitgliedern aushändigen könnte. Kollege Thoral begründete hierauf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines Ortsstatuts. Die Generalversammlung erkannte die Notwendigkeit an und nahm zu den einzelnen, vom Vorstand ausgearbeiteten Bestimmungen Stellung. Mit einigen formellen Änderungen wurden dieselben dem Sinne nach angenommen, und dem Vorstand anheimgestellt, das Ortsstatut zusammen mit dem Arbeitsvertrag in Druck zu geben und den Mitgliedern zu verabsorgen. Hierauf teilte der Vorsitzende mit, daß der Zahlstellenassessor Kollege Paul Thoral 10 Wochen von Berlin abwesend sein wird, da er auf Beschluß des Zentralvorstandes am sozialen Volkswirtschaftlichen Kursus in M. Gladbach teilnimmt. Als Ersatzmann wurde einstimmig Kollege Franz Wunderlich gewählt. Zahlstellenassessor ist also bis auf weiteres jetzt Franz Wunderlich; derselbe wohnt Gerichtr. 15, vorn 2 Et. Den Posten des Bezirksführers für den Bezirk Berlin-Osten übernahm der erste Vorsitzende Kollege Joseph Kistner während der Abwesenheit des Kollegen Thoral. Zum Schluß wies der Vorsitzende auf das Bedeutungsvolle des heutigen Beschlusses hin. Der innere Ausbau unserer Zahlstelle schreitet vorwärts. Das einzuführende Ortsstatut bedeutet die innere Festigung. Mögen die Mitglieder aber auch alle, nun, da wir wieder geordnete Arbeitsverhältnisse haben, für unsere Sache fleißig agitieren und Mitglieder werden, damit wir auch an Mitgliederzahl mehr und mehr fortwachsen und das christliche Gewerkschaftsideal mehr und mehr verbreiten und vertiefen.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Internationale Konferenz der christlichen Gewerkschaftsführer. Vom 2. bis 5. August tagt im Kasino, Zürich III (Schweiz) eine Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer aus den verschiedensten Ländern, in denen bereits christliche Gewerkschaften eingeführt sind. Die Anregung zu der Konferenz ging von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands aus. Schon vor vier Jahren wurde auf dem 5. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Eisen die Notwendigkeit einer solchen Veranstaltung anerkannt und der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften mit den erforderlichen Vorarbeiten beauftragt. In der Zwischenzeit sind in den verschiedensten Ländern eine Anzahl Neugründungen von christlichen Berufsorganisationen erfolgt, so daß jetzt der Zeitpunkt zur Anberaumung dieser Tagung gekommen zu sein scheint. Alle größeren Organisationen der christlichen Arbeiter, deren Adressen dem Vorstande des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bekannt waren, stimmten, um ihre Meinung befragt, der Anberaumung der Konferenz zu. Die Verhandlungsgegenstände ergeben sich aus folgender Tagesordnung:

- 1. Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften in den einzelnen Ländern.
- 2. Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit internationaler Beziehungen und Gründung eines internationalen Sekretariats. Referent: René Debruyne-Geut (Belgien). Korreferent: C. W. Schiffer-Düsseldorf (Deutschland).
- 3. Wesen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart. Referent: J. Giesberts-M. Gladbach (Deutschland).
- 4. Die organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften an den Grenzgebieten. Referent: Franz Spalowsky-Wien (Oesterreich). Korreferent: Hermann Bogelsang-Essen (Deutschland).
- 5. Internationale Konferenzen der einzelnen Berufsverbände. Anmeldungen zur Beschickung der Konferenz sind an A. Stegerwald, Köln (Deutschland), Palmstr. 14, zu bewirken, von wo aus jedwede Auskunft erteilt wird. Die Adresse des Diskomitees, an das Anträge betr. Beschaffung von Wohnungen und sonstiger örtlicher Angelegenheiten zu richten sind, ist: Otto Lander, Arbeitersekretär Zürich III (Schweiz), Notwandstraße 30.

Der Zentralverband christlicher Keramarbeiter (Sitz Köln) hielt während der Pfingsttage seine dritte Generalversammlung in München ab. Aus kleinen Anfängen hat sich der Verband 1902 in München mit 400 Mitgliedern gebildet. Jetzt zählt er mehr denn 10 000 Mitglieder, die sich über ganz Deutschland verteilen. Die Einnahmen sind auf 131 000 M. gestiegen, denen 62 000 M. Ausgaben allein für Streiks und Ausflüge gegenüberstehen. Das Vermögen hat sich mehr

als verdoppelt. 203 Lohnbewegungen mit 6227 beteiligten Arbeitern hat der Verband in der Berichtszeit geführt, 69 Streiks und 12 Aussperrungen durchgeführt. Lohnerhöhungen von 520 000 M. und eine Arbeitszeitverkürzung von 30 500 Stunden pro Jahr sind die Frucht dieser Bestrebungen. Dazu die zahlreichen sonstigen materiellen und geistigen Vorteile, die sich nicht in Zahlen ausdrücken lassen. Betragen die Beiträge bisher 20, 30 und 40 Pf. pro Woche, so wurden jetzt solche von 30—80 Pfennige pro Woche eingeführt. Diese finanzielle Stärkung ermöglichte auch die Einführung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung. Die Ausgestaltung und baldige Stägige Herausgabe des Verbandsorgans wurde beschlossen und ein eigener Redakteur angestellt. Der bisherige verdienstvolle Leiter, Herr A. Lechner (Köln), wurde einstimmig zum Verbandsvorsitzenden wiedergewählt. Der Verbandstag hat den Verband innerlich gefestigt und dadurch die berechtigten Hoffnungen erweckt, daß die bisherige schöne Entwicklung auch in Zukunft anhalten wird.

Der Verband christlicher Bäcker und Konditoren und Vertv. Berufe hielt an den beiden Pfingsttagen im Evang. Vereinshaus zu Essen seinen vierten Verbandstag ab. Als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften war Herr Triquardt-Köln anwesend. Unter den Teilnehmern befanden sich auch zum ersten Male zwei weibliche Festgäste. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl heute ca. 800 beträgt, hat sich mithin seit dem dritten Verbandstage verdoppelt. Es ist dabei besonders zu berücksichtigen, daß im Bäcker- und Konditorgewerbe ungeheurer schwierige Organisationsverhältnisse bestehen.

Während der Berichtsperiode hat der Verband sich nach Kräften für die Interessen der Arbeiterschaft betätigt. In verschiedenen Orten und Betrieben wurden Lohn erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen erzielt, unter anderem auch durch Abschluß von Tarifverträgen; Lohn erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen soweit sie durch den Verband allein, d. h. ohne Mitwirkung anderer Verbände, für die Arbeiterschaft erzielt wurden, betragen insgesamt rund 35 000 M. Lohn erhöhung und 130 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Jahr. Die Erfolge sind also im Verhältnis zur Größe des Verbandes sehr bedeutend.

Den wichtigsten Punkt der Beratungen bildete unzweifelhaft der von mehreren Seiten gestellte Antrag, den Verband auf eine breitere Grundlage zu stellen, welcher nach lebhafter Debatte einstimmige Annahme fand. Der Name des Verbandes lautet fortan: „Zentralverband der Nahrungs- und Genussmittelindustrie Deutschlands“ (Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften). Für die einzelnen Berufsarten werden Abteilungen gebildet.

An Stelle des bisherigen Einheitsbeitrags werden Staffelleistungen eingeführt.

Entsprechend der Beitragsstaffelung wurde auch das Unterstützungswesen ausgebaut und darf daselbe wohl als ein muster-gültiges bezeichnet werden.

Von den Unterstützungskassen ist eine durch den jetzigen Verbandstag neugeschaffene bemerkenswert, welche nur für weibliche Mitglieder in Frage kommt. Es ist dies eine Beihilfe zur Aussteuer. Selbige wird ausbezahlt, wenn ein Mitglied in den Stand der Ehe eintritt. Diese Unterstützungskasse dürfte in der Gewerkschaftsbewegung vollständig neu sein.

Die Zahlstellen des Verbandes werden aus eigenen Mitteln für die nächste Zeit eines Agitationsbeamten freigestellt. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Adresse der Geschäftsstelle des Verbandes lautet:

Christian Schmitz, Düsseldorf 42, Süttenstr. 24 I.

Soziale Rechtspprechung.

Rentenquetschung. Nach dem § 88 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes, bzw. § 94 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft ist bei nachgewiesener Besserung oder Verschlimmerung die für die Folgen eines erlittenen Unfalles bisher gewährte Rente zu kürzen oder zu erhöhen. Es wird daher von den Berufsgenossenschaften von der Rentenherabsetzung ausgiebiger Gebrauch gemacht. Diese Veränderungen im Zustand der Verletzten werden meistens durch ärztliche Gutachten nachzuweisen versucht. Die Berufsgenossenschaften haben dabei freie Hand, denn sie schicken in den meisten Fällen ihre Verletzten zu ihren Vertrauensärzten, die nicht selten mit denselben in einem Vertragsverhältnisse stehen. Daß bei einem solchen Verfahren die Abgabe des Gutachtens oft zuungunsten des Verletzten ausfällt, braucht nicht näher erläutert zu werden.

Nachstehender Fall dürfte über die Art der Abgabe eines Gutachtens eines Vertrauensarztes ein interessantes Bild entrollen:

Der Tagelöhner M. in M. bezog anfänglich einer Quetschung des linken Handgelenkes von 1900 bis 1906 eine Rente von 70 pCt., von da ab eine solche von 60 pCt. der Vollrente. Schon zu wiederholten Malen versuchte die Berufsgenossenschaft auf Grund des Gutachtens eines Vertrauensarztes, die Rente auf 33 1/2 pCt. herabzusetzen, aber immer ohne Erfolg, weil die Rekursinstanz dem nicht zustimmen konnte und zum wiederholten Male die Berufsgenossenschaft zur Weitergewährung der 60 pCt. Rente verpflichtet. Der Arzt konnte den Nachweis einer wesentlichen Besserung in keinem seiner Gutachten erbringen, und wurde auch von andern Ärzten der Zustand als ein unveränderlicher festgestellt.

Obwohl die Genossenschaft schon wiederholt mit der Rentenminderung abgewiesen wurde, versuchte sie im heurigen Jahre neuerdings, den M. zwecks Kürzung seiner Unfallrente demselben Vertrauensarzte vorzustellen. Derselbe, über den Nichterfolg seiner mehrmaligen Gutachtenabgabe erboht, wählte nunmehr ein gar eigenartiges Mittel, um sein Ziel zu erreichen. M. erklärte sich nämlich bereits, um endlich einmal den Vorstellungen und der nicht immer gar zu freundlichen Behandlung durch diesen Arzt entgegen zu können, sich die Rente auf 50 pCt. kürzen zu lassen. Dies auszunützen, legte der Herr Vertrauensarzt dem Verletzten eine schriftliche Erklärung vor und forderte denselben zur Abgabe seiner Unterschrift auf, und letzterer unterschrieb mit dem Bewußtsein der von ihm angebotenen Rentenkürzung auf 50 pCt. mit der oben erwähnten Bedingung. Daher hatte er sich nach seiner Angabe auch von dem Inhalt dieser Erklärung nicht überzeugt. In dieser Erklärung ist festgelegt, daß er alle daß die Finger wie auch die verletzte Hand bewegungsfrei seien. Er wolle sich also die Rente auf 50 pCt. herabsetzen lassen. Auf Grund dieser Erklärung gab nun der Vertrauensarzt ein neuerliches Gutachten ab, stützte sich auf

der in derselben enthaltenen Inhalt und begründete so die Kürzung der Rente auf 33 1/2 pCt. Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung hat den vom Berufsgenossenschaft angeforderten Bescheid bestätigt. Das Kgl. Landesversicherungsamt dagegen hat die Schiedsgerichtsentscheidung aufgehoben und den Antrag der Berufsgenossenschaft auf Rentenkürzung abgewiesen mit folgender Begründung:

Der überzeugende Nachweis einer wesentlichen Besserung ist nicht erbracht. Gleichwohl derselbe Vertrauensarzt in seinem vorletzten Gutachten schreibt — „Ich beantrage, esse ich ein Gutachten abgebe, bringend stationäre Beobachtung; es ist unmöglich, bei dem heutigen Verhalten des M. ein brauchbares (?) Resultat zu erlangen“ — hat er ohne eine solche stationäre Behandlung und Beobachtung neuerdings das Gutachten einer wesentlichen Besserung abgegeben. Als beweiskräftig und maßgebend kann dieses Gutachten gegenüber den von Verletzten beigebrachten nicht erachtet werden. Abgesehen davon, so verbietet die Art und Weise, wie das Gutachten des Vertrauensarztes durch Verhandlungen mit M. unterstützt werden will, die Annahme einer Besserung, um so mehr, als in einem früheren Gutachten von demselben Arzte eine Schilderung über die Glaubwürdigkeit der Verletzten vorliegt, und diese „Erklärung“ im wesentlichen Teile nicht auf medizinischem Gebiete liegen. Bei dieser Sachlage war auch keine Veranlassung zur Einholung eines anderweitigen Gutachtens gegeben.

Ein derartiges Rentenverfahren hat der Gesetzgeber im § 88 des U.V.G. wohl nicht zugrunde gelegt. Wenn auf eine solche Art und Weise versucht wird, die Renten mit Gewalt zu kürzen, so ist es ganz erklärlich, wenn das Vertrauen zu den Versicherungssträgern immer noch mehr erschüttert wird. Zugleich aber sei auch den Verletzten die Warnung gegeben, mit ihrer Namensunterschrift vorsichtig zu sein, um nicht in ihren Rechten durch eigenen Verschulder kürzt zu werden. („Arbeiter“, München.)

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Ueber die Krankenversicherungspflicht von Schulkindern, Familienangehörigen und Lehrlingen. Nach § 1 Abs. 1 Ziff. 2 U.V.G. sind alle gegen Gehalt oder Lohn im Handeltgewerbe, im Handwerk und in sonstigen stehenden Gewerbebetrieben beschäftigten Personen gegen Krankheit zu versichern, sofern nicht die Beschäftigung durch die Natur ihres Gegenstandes oder im voraus durch den Arbeitsvertrag auf einen Zeitraum von weniger als eine Woche beschränkt ist. Dier-nach sind auch Schulkin der ohne Rücksicht auf ihr Alter versicherungspflichtig, wenn sie für ihre Arbeit, z. B. für das Austragen von Zeitungen oder Gebäud., einen Anspruch auf Vergütung haben. Demgemäß ist in der Rechtsprechung ein 12 1/2 Jahre altes Kind, das täglich mindestens eine Stunde, an Sonntagen zwei Stunden mit dem Austragen von Nachrichten beschäftigt war und monatlich 5 M. erhielt, also für die einstündige Beschäftigung am Tage 10 bis 17 Pf., noch als versicherungspflichtig angesehen worden. Ohne Einfluß ist es auf die Versicherungspflicht von Kindern, daß das Arbeitsverhältnis ohne vorherige oder nachträgliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters eingegangen ist, oder daß die Beschäftigung gegen ein gesetzliches Verbot verstößt.

Auch Hauskinder, die im Gewerbebetrieb ihres Vaters beschäftigt sind, können dem Krankenversicherungspflichtig ist auch hier die Eingehung eines Lohnarbeitsverhältnisses, das aber — wie auch sonst — auch ohne ausdrücklichen Vertrag stillschweigender Vereinbarung bestehen kann. Das tatsächliche Arbeiten eines Hauskinds im elterlichen Betriebe genügt allerdings noch nicht, um den stillschweigenden Abschluß eines Arbeitsvertrages anzunehmen; es muß vielmehr aus den Umständen erdenbar sein, daß das Kind seine Arbeitskraft statt dritten Personen dem Vater oder der Mutter zur Verfügung stellt und demnach unbeschadet seiner aus dem familienrechtlichen Verhältnisse sich ergebenden Unterhaltungsansprüche wegen seiner Arbeitsleistung Anspruch auf Vergütung hat. Gleichgültig ist es, ob der Lohn in Geld oder in Naturalbezüge gewährt wird; nur muß er sich als bewußte Gegenleistung für die zu leistende Arbeit darstellen. Der von seinem Vater als Lehrling beschäftigte Haussohn unterliegt der Versicherungspflicht auch dann, wenn er keinen Barlohn erhält, sondern nur Unterhalt (Unterkunft und Verpflegung) bezieht.

Lehrlinge, die nicht Familienangehörige sind, sind gleichfalls schon dann der Versicherungspflicht unterworfen, wenn ihnen nur freie Wohnung und Beköstigung zusteht, oder wenn für sie im Lehrvertrag als Ersatz für die von ihnen selbst zu beschaffende Wohnung und Beköstigung ein wöchentlich auszuzahlender Betrag (Stoffgeld) festgesetzt ist. Erhält der Lehrling weder freie Wohnung und Beköstigung noch Stoffgeld, wohl aber ein Taschengeld, so ist in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob die Zahlung als Entschädigung für geleistete Arbeit oder etwa nur zur Aufmunterung oder als Ersatz für gewisse Aufwendungen, z. B. für die Abnutzung der Kleidung, erfolgt. Nur im ersten Falle ist ein die Krankenversicherungspflicht begründendes Lohnarbeitsverhältnis anzunehmen. Die Nichtgewährung von Barlohn an den Lehrling kann bei Erkrankungen desselben, sofern die Krankenversicherung eintritt, zu dem für den Arbeitgeber ungünstigen Ergebnisse führen, daß er nicht nur die vollen Beiträge aus eigenen Mitteln zu leisten hat, da die Einbehaltung von zwei Dritteln der Beiträge mangels einer Lohnzahlung nicht möglich ist, sondern auch die Naturalbezüge weiterzuzahlen muß, während dem Lehrling das von der Krankenkasse zu zahlende Krankengeld zuzählt. Um dem zu begegnen, ist im § 3b U.V.G. die Befreiung des Lehrlings von der Krankenversicherungspflicht unter der Voraussetzung zugelassen worden, daß dem Lehrling bei Erkrankungsfällen durch den Arbeitgeber der Anspruch auf freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus gesichert ist. Der Antrag ist von dem Lehrherrn zu stellen. (Monatsbl. f. Arb.-Verf.)

Frauen in der städtischen Armenpflege. Erfahrungsgemäß gehören die Personen, welche die Armenverwaltung in Anspruch nehmen, zum größeren Teil dem weiblichen Geschlecht an, neben Witwen kommen auch vielfach geschiedene und verlassene Frauen sowie ältere Mädchen in Betracht. Zur Erhellung der Verhältnisse dieser weiblichen Armen und als ihr Bestand, sind oft Frauen besser geeignet, als Männer, und deshalb geht auch in vielen größeren Gemeinden das Bestreben dahin, Frauen mit zur Armen- und Waisenspflege heranzuziehen, und zwar sowohl in Ehrenämtern als auch in besoldeten Stellen. Die erste deutsche Stadt, die mit der Einbeziehung von Frauen in die organisierte Armenpflege begann, war Kassel. Später sind auch andere Städte dazu übergegangen, Frauen in der Armen- und Waisenspflege mit heranzuziehen. In den Städten, in denen die Mitwirkung von Frauen in der Armenpflege gesichert ist, gehören Bonn, Berlin, Bremen, Charlotten-

Burg, Chemnitz, Danzig, Darmstadt, Dessau, Hamburg, Hanau, Kassel, Köln a. Rh. und Offenburg. In Offenburg gehören dem aus 21 Mitgliedern bestehenden Armenrat 7 Frauen an. Außer in den eigentlichen Armenangelegenheiten werden diese weiblichen Mitglieder des Armenrates auch zur Beaufsichtigung der privaten Pflegestellen für Waisenkinder herangezogen. Auch in Hamburg ist seit einem Jahre eine bessere Ueberwachung der sogenannten Ziehlinder eingeführt, bei der Frauen als Kinderpflegerinnen mitwirken. In manchen Städten haben die an der öffentlichen Armenpflege beteiligten Frauen sowohl in den Kommissionen wie im äußeren Dienst die gleichen Rechte und Pflichten als die Männer, in anderen Städten dagegen haben die Frauen als Armenpflegerinnen usw. keine offizielle Stellung. Neben den Stellungen als besoldete Pflegerinnen sind auch vereinzelt höhere Stellungen, wie Waiseninspektorkinnen, Aufsichtsdamen usw., für Frauen geschaffen worden. Eine gesetzliche Regelung der Beteiligung der Frauen an städtischen Armen- und Waisenangelegenheiten ist bereits in Baden in Angriff genommen. Dort wurde bei einer Revision der Gemeinde- und Städteordnung bestimmt, daß in Gemeinden von über 4000 Einwohnern den Armenkommissionen, Waisenkommmissionen und ähnlichen beschließenden Organen auch Frauen angehören sollen. Im allgemeinen sind die Erfahrungen, die mit den Frauen in der Armenverwaltung gemacht werden, so günstig, daß die weitere Heranziehung von Frauen in der öffentlichen Armenpflege als ein Fortschritt angesehen werden muß. Besonders bei der Ueberwachung der Waisenkinder in privaten Pflegestellen kann die Frau oft bessere Dienste leisten als der Mann.

Wirtschaftlicher Rückgang und Sparkasse. Das allmähliche Absinken der Handels- und Gewerbetätigkeit machte sich im vorigen Jahre in Geschäftsgänge der Berliner städtischen Sparkasse nach doppelter Richtung bemerkbar. Zunächst in einem ganz gewaltigen Kursverlust an den im Besitz der Sparkasse befindlichen Wertpapieren. Er beträgt nicht weniger als 24 1/2 Millionen M. Deshalb braucht aber niemand zu erschrecken, denn ein solcher Wertrückgang hat gar keine praktische Bedeutung, so lange die betreffenden Papiere nicht verkauft werden, und liegt hierzu für absehbare Zeit keine Veranlassung vor.

Auch darin übte die „schlechte Zeit“ ihre Wirkung aus, daß die Einzahlungen sich verringerten, dagegen die Rückzahlungen anwuchsen. Jene betragen im ersten Vierteljahr 1908 15 1/2 Millionen, diese 19 1/2 Millionen M. Die Rückzahlungen überfingen also die Einzahlungen um 3 1/2 Millionen M. Die Zahl der im Umlauf befindlichen Sparkassenbücher verringerte sich um 21 774 Stück, das Guthaben der Sparer um 13 Millionen M, deren Gesamtforderung auf 327 1/2 Millionen. Das Gesamtvermögen der Sparkasse belief sich am 1. April d. J. auf 325 Millionen M.

Von den Arbeitsstellen.

Kiel, den 11. Juni. Beim Neubau des Restaurants Burggasse, Ecke Dänische und Burgstraße, ereignete sich heute kurz vor 12 Uhr infolge Einstürzens eines Gerüsts ein schwerer Unfall. Das im Treppenhause an der Dänischen Straße im dritten Stockwerk angebrachte Gerüst brach plötzlich, als sich auf ihm der Maurerlehrling Burmeister und die Arbeiter Raschhart und Schürle befanden, zusammen und stürzte ein, die darunter befindlichen Gerüste, sowie das Dach der im Erdgeschoß untergebrachten Bauhütte durchschlagend. Während Burmeister und Schürle sich gleichzeitig in Sicherheit bringen konnten und nur unerschwerlich verletzt wurden, kam Raschhart unter die Gerüstteile zu liegen, wobei er auf dem Rücken schwere Verletzungen erlitt. Er wurde nach den städtischen Heilanstalten befördert. Der Einsturz des Gerüsts ist allem Anscheine nach auf übermäßige Belastung zurückzuführen.

Osterfeld i. B. Um die Fertigstellung von drei Gruben für Wasserläufe und eine Feuerlöschgrube hatten sich 10 Firmen beworben. Die eingegangenen Offerten waren folgende: 1. Erhard-Offen-Rüttenfeld 5223,52 M., 2. Grashoff-Duisburg 5111,06 M., 3. Kleine-Brachhoff-Osterfeld 5088,70 M., 4. Köhne-Prinzip 4844,65 M., 5. Kämpfers-Duisburg 4570,47 M., 6. Bollmar-Schönebeck 4455,10 M., 7. Höbchen-Osterfeld 4387,92 M., 8. Schumacher-D. Meibisch 4329,20 M., 9. Stehner-Osterfeld 3971,95 M., 10. Palmowsh-Osterfeld 3565,29 M. Der Differenzbetrag zwischen dem Höchst- und Mindestangebot stellt sich also auf 1658,23 M. Ob Herr Palmowsh, welchem der Zuschlag erteilt wurde, vielleicht der Bauhandwerker von Osterfeld müßten das wieder herauschlagen? Jedenfalls!

Literarisches.

Konjunkt-Genossenschaften und christlich-nationale Arbeiterbewegung. Von Peter Schlad, Geschäftsführer der Konjunkt-Genossenschaft „Eintracht“, Mülheim a. Rhein — Preis 15 Pfg., vorwärts 20 Pfg. Vorliegendes Schriftchen bildet eine gute Einführung in das bedeutungsvolle Gebiet der Konjunkt-Genossenschaftsbewegung. Entstehung und Stand der Konjunkt-Genossenschaften, ferner deren Zweck und Ziel derselben werden eingehend erörtert. Auch die Einwände der Gegner werden auf ihren richtigen Wert zurückgeführt. Der unzerstörliche Zusammenhang zwischen Konjunktvereine und Arbeiterbewegung wird weiter erörtert und endlich findet noch eine Anleitung zur Gründung von Konjunkt-Genossenschaften Platz. Das Schriftchen ist durch die Buchhandlung des Generalsekretariats zu beziehen.

Selbe Gewerkschaften und vaterländische Arbeitervereine Ueber vorstehendes Thema ist in dem Verlage der Wochenchrift „Die Arbeit“, G. Friedheim zu Bochum, eine Broschüre, bearbeitet von dem Gewerkschaftssekretär Wallbaum (Vielefeld) und Gaijke (St. Johann), sowie des H. akturs Ruffenbeul und Reichstagsabgeordneter Franz Behr... erschienen. Die Broschüre behandelt ein aktuelles Gebiet und kann bei dem billigen Preise von 15 Pf. die sofortige Bestellung empfohlen werden.

P. Lie. Weber. Die sozialpolitische Gesetzgebung des Deutschen Reiches in den letzten zehn Jahren, Druck und Verlag der Duisburger Zeitung, 1907.

Auf knappem 31 Seiten führt uns mit diesem Schriftchen der unermüdete Vorläufer auf sozial-ethischen Gebiete durch das verflochtene Labyrinth sozialer Reformarbeit. Es versteht sich von selbst, daß wir bei diesem sozialgeschichtlichen Spaziergange an der Hand unseres kundigen Führers auf Schritt und Tritt der Persönlichkeit und den Spuren des Grafen Polakowski begegnen, des Sozialspezialisten in der greifendsten Tätigkeit der letzten 10 Jahre. In übersichtlicher Weise, unter Verzicht auf jede Weißwaisigkeit, das Notwendige prägnant und verständlich bringend, gibt Lie. Weber einen Aufriß der geleisteten Gesetzgebungsarbeit. Es würde zu weit führen, wollten diese empfehlenden Worte des Lesers darauf einwirken, die uns von den Abellen zu der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung an die wichtigsten sozialgesetzgeberischen Maßnahmen herangeführt werden, die schließlich in den Ausblick auf die Armen- und Waisenversicherung einmünden. Das Schriftchen ist ein vorzügliches Hilfsmittel, sowohl für Diskussionsabende, wie auch für große öffentliche Versammlungen. Wir wünschen es in die Hände jedes Mitgliedes der Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften und ganz besonders auch recht vieler Sozialdemokraten.

Das „Reformblatt für Arbeiterversicherung“. Herausgeber: Professor Hans Seelmann, Mitglied des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, erscheint zweimal monatlich unter Mitarbeit erster Autoritäten und berichtet über die Fortschritte der Arbeiterversicherung in allen Kulturstaaten. In der Rubrik „Archiv für Versicherungsreform“ wird das gesamte auf die Reform bezügliche Material gesammelt, so daß die Leserschaft des Reformblattes für alle Sozialpolitiker, die sich mit diesem wichtigen Problem beschäftigen, unentbehrlich ist. Abonnement 3,50 M. pro Halbjahr. Probenummern gratis und franco vom Verlag des Reformblattes Frankfurt a. M., Hochstraße 41.

Staatsbibliothek. Herausgegeben vom Verband der Bibliothekvereine Deutschlands. Verlag der Westdeutschen Arbeiter-Zeitung, Gesellschaft mit beschr. Haftung, M.-Gladbach.

3. Heft: Das Budgetrecht des Deutschen Reichstags und der Reichshaushaltsetat. 60 S. 8°. 1908. Preis 30 Pfg., postfrei 35 Pfg.

Inhalt: Vorwort. § 1. Begriff des Budgets. § 2. Bruttobudget — Nettobudget. § 3. Erfordernisse des Budgets. § 4. Das Wesen des Budgets. § 5. Vorlage des Budgets. § 6. Begriff und Wesen des Budgetgesetzes. § 7. Budgetverweigerung, Verwaltung ohne Budget. § 8. Die Vorbereitung des Reichshaushaltsetats. § 9. Vorschlag der Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushaltsetat. § 10. Ordentlicher und außerordentlicher Etat (Ordinarium und Extraordinarium). § 11. Die Beratung des Haushaltsetats im Reichstag. § 12. Die äußere Form des Reichshaushaltsetats. § 13. Die Finanzgemeinschaften im Reich. § 14. Der Vollzug des Reichshaushaltsetats. § 15. Die Kassaführung im Reich. § 16. Kontrolle des Reichshaushalts. § 17. Die Verantwortlichkeit des Reichstags. Schlußwort. Anlagen: A. Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1908. B. Entwurf des Etatsgesetzes für die Schutzgebiete für 1908. C. Ausgaben und Einnahmen des Reichs für die Jahre 1875, 1886, 1896 und 1908 nach dem Schema des Etatsentwurfes für 1908. D. Hauptetat für die Schutzgebiete für 1908. E. Spezialetat für das Reichsamt des Innern für das Jahr 1908. F. Spezialetat für das ostafrikanische Schutzgebiet für das Jahr 1908.

Das Budgetrecht, d. i. das Recht an der Aufstellung und Kontrolle des Staatshaushalts in entscheidender Weise mitzuwirken, ist das praktisch wertvollste konstitutionelle Recht der Volksvertretung. Jwed der vorliegenden Broschüre ist es, angehend der vielfach herrschenden Interessenslosigkeit gegenüber diesem wichtigen Volksrechte Aufklärung zu verbreiten sowohl über die Bedeutung des Budgetgesetzes wie auch über Begriff und Zustandekommen des Reichshaushaltsetats und dessen Durchführung und Kontrolle.

4. Heft: Das Landheer. 104 S. 8°. 1908. Preis 30 Pfg., postfrei 35 Pfg.

Inhalt: Einleitung. Erster Teil: Verfassungsrechtliche Bestimmungen. § 1. Verhältnis von Reich und Bundesstaaten. § 2. Die Einheitlichkeit des Heeres. § 3. Die Kommandogewalt. § 4. Die Ausgaben für das Landheer. — Zweiter Teil: Die Organisation des Landheeres. § 5. Das stehende Heer. § 6. Die Militärvorlagen von 1874 bis 1905. § 7. Die Landwehr. § 8. Der Landsturm. § 9. Die Militärverwaltung. — Dritter Teil: Der Militärdienst. § 10. Die gesetzliche Wehrpflicht. § 11. Berufsmäßiger Militärdienst. § 12. Die Verpflegung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen. § 13. Sonderrechte des Militärstandes. — Vierter Teil: Die Militärlasten. § 14. Die Friedensleistungen. § 15. Die Kriegseinstellungen. — Schlußwort.

Das deutsche Heer, das „Volk in Waffen“, übt auf unsere gesamten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und persönlichen Verhältnisse einen so beherrschenden Einfluß aus, daß es als eine der ersten staatsbürgerlichen Pflichten erscheint, sich mit dem Heere vertraut zu machen. Es gilt dies weiter aber auch ganz besonders in Anbetracht der außerordentlich schweren persönlichen und finanziellen Opfer, die das Militärwesen dem Einzelnen und der Gesamtheit fortwährend auferlegt. Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit des Heeres bestehen nicht, wohl aber solche über den Umfang und die Art der Heeresorganisation. Gerade in dieser Beziehung ist die in der vorliegenden Schrift, welche übersichtlich und ausdehnend über das deutsche Heer orientiert, gegebene altentworfene Darstellung des in den Militärvorlagen von 1874 bis 1905 zwischen Regierung und Parlament ausgeprägten Kampfes um die Festlegung der Friedenspräsenzstärke sehr dankenswert und von dauerndem Interesse und Wert.

Anleitung zur Inanspruchnahme des deutschen Vereins- und Versammlungsrechts auf Grund des Reichsvereinsgesetzes. Die Vereinsgesetze der einzelnen Bundesstaaten werden bekanntlich nunmehr durch das Reichsvereinsgesetz abgelöst. Ueber dieses erscheint, ob seiner Neuheit, ein Leitfaden sehr notwendig. Ein solcher ist jedoch im christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, Palmstr. 14, erschienen, der Kollegen Schiffer zum Verfasser hat. Schiffer ist bekanntlich Mitglied des Reichstages und gehörte der Kommission zur Beratung des Reichsvereinsgesetzes an, so daß er über den Willen des Gesetzgebers in allen Einzelheiten orientiert ist. Dieser Umstand kommt dem bezeichneten Schriftchen sehr zu statten. Aus dem Inhalt heben wir folgende Hauptkapitel hervor: Vom Vereins- und Versammlungsrecht im allgemeinen, Das Adoptionsrecht der Arbeiter, Von den Vereinen, Anmeldepflicht öffentlicher Versammlungen, Der Versammlungsleiter, Versammlungen unter freiem Himmel und öffentliche Anzeigen, Plakatwesen — Flugblattverteilung, Wortlaut des Gesetzes. An die Mitglieder wird das Schriftchen um 20 Pf. verabsolgt. Eine bessere (Buchhandlungs-)Ausgabe kostet 50 Pf.

„Christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeiter.“ Unter diesem Titel ist in dem Kirch-Dunderschen Verlag des Düsseldorfener Ausbreitungsverbandes eine Broschüre erschienen, die der Gewerkschaftssekretär Ferdinand Appel als Verfasser zeichnet. Die Broschüre ist als ein widerliches Kulturkampf-machwerk, gepaart mit einer graufigen Logik, anzusehen. In übertrieben katholischen Bezirken, in denen noch kirch-Dundersche Gewerkschaften in Frage kommen, dürfte die Broschüre, an die Herren Pastoren und Gewerkschaftler verteilt, für sich selbst — agitieren!

„Wegweiser zum häuslichen Glück.“ Der Verband „Arbeiterwohl“, der seit mehr als 25 Jahren auf dem Gebiete des hauswirtschaftlichen Bildungswesens sich bereits ansehnliche Verdienste erworben hat, hat in diesen ein neues hinzugefügt, indem er den bisher schon in mehr als 200 000 Exemplaren verbreiteten „Wegweiser zum häuslichen Glück“ soeben in gänzlich neuer Auflage herausgegeben hat. „Wegweiser zum häuslichen Glück.“ Praktischer Leitfaden des hauswirtschaftlichen Unterrichts für Jungfrauen. Herausgegeben von einer Kommission des Verbandes Arbeiterwohl. Neue Ausgabe. 201—220. Tausend. M.-Gladbach 1907. Solibri-Verlag. 266 S. Preis einzeln 75 Pf., zu 20 70 Pf., im Hundert 65 Pf., im halben Tausend 50 Pf.; außerdem Porto. Mit dem dritten Hunderttausend hat die vorliegende Schrift eine völlige Umarbeitung erfahren und ist inhaltlich gegen die früheren Auflagen um die Hälfte erweitert worden. Die sechs ersten Teile behandeln Wohnung, Kleidung, Nahrung, Speisezubereitung, Buchführung und Gesundheitspflege. Im 7. Teile sind Vorkenntnisse über die Anlage und die Bestellung des Hausgartens und über die Kleinwirtschaft hinzugekommen. Neu ist auch der 8. Teil, der in knapper Form die Grundzüge des Volksversicherungswesens,

Befehlungen über die Gast- und Schabenerpflicht, über das Armenrecht, über Arbeitsvertrag, Lehrvertrag, Gewerbevertrag und andere soziale Warnungen und Ratsschläge gibt. Ein reichhaltiges Verzeichnis des Ganzen. Mit Recht darf man wohl das vorliegende Buch als ein in Ausstattung, Vollständigkeit und Billigkeit unerreicht dastehendes typisches Hand- und Unterrichts-buch für den hauswirtschaftlichen Unterricht erwachsener Mädchen in Stadt und Land bezeichnen.

„Internationale Verbindungen der christlichen Textilarbeiterorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der seit dem Jahre 1900 abgehaltenen Berufskonferenzen und Kongresse.“

Herausgegeben von der Leitung der Internationalen Vereinigung christlicher Textilarbeiterorganisationen. (C. M. Schiffer, Düsseldorf.) 162 Seiten, Preis 40 Pfg.

Das Werkchen enthält in der Einleitung eine kurze Behandlung über die Frage der internationalen Betätigung der christlichen Gewerkschaften und Statistisches über die christliche Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Ländern. Im übrigen sind die Verhandlungen der internationalen Berufskonferenzen und Kongresse der christlichen Textilarbeiterorganisationen (1900—1907) protokolllarisch wiedergegeben, ebenso sind Berücksichtigung der allgemeinen internationalen Textilarbeiterkongress 1902 in Zürich, wo prinzipielle Differenzen mit den sozialistischen Verbänden ausgefochten wurden, ferner der von den christlichen Organisationen Deutschlands, Hollands, Belgiens, der Schweiz und Oesterreichs abgeschlossene Kartellvertrag.

Die Broschüre dürfte gerade zurzeit wertvoll sein, weil vor-ausichtlich im Juli 1908 eine allgemeine internationale christliche Gewerkschaftskonferenz stattfindet.

Der 1. Jahresbericht des Kartellsekretariats der christlichen Gewerkschaften zu Köln ist soeben, 58 Seiten stark, broschiert erschienen. Derselbe ist in kurzen Kapiteln übersichtlich geordnet und enthält u. a. die Eingabe im Wortlaut, die bezüglich der Einziehung von Arbeitern als Schülern und Gesellen an die Stadtverwaltung z. gerichtete wurde. Außer über die Tätigkeit des Kartells wird auch über die angeschlossenen Organisationen berichtet und insbesondere die erzielten Erfolge berücksichtigt. Das Schriftchen ist zum Preise von 20 Pfg. franco durch die Buchhandlung des Generalsekretariats, Köln, Palmstr. 14, zu beziehen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die bisherigen Quittungen über eingesandte Gelder an die Hauptkasse fallen fort. In Zukunft werden die Geldsendungen in der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht und zwar wöchentlich.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Müdersdorfer Str. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 8. bis 14. Juni sind folgende Beträge eingegangen:

- Für Beiträge und Eintrittsgelder: Wilsbad (Eingelz.) 14,03 M., Wln 28,80 M., Oberhausen 500,— M., Umröchte 200,— M., Leistungen 90,— M., 355enbüren 60,— M., Oberhausen 43,78 M., Saulgau 23,22 M., Coesfeld 100,— M., Heitingen 76,50 M., Sattenhausen 44,— M., Rütthen 14,35 M., Wittlich 84,31 M., München 221,10 M., Gladbach-Notrop 370,24 M.
- Für Verbandsplakate und Karten: Burghausen 7,75 M., Wachen 90,— M.
- Für Stempel: Södingen 1,90 M.

Bekanntmachungen.

Als verloren werden gemeldet: die Buch-Nr. 21 804 lautend auf Philipp Modewald von der Zahlstelle Kassel; die Buch-Nr. 21 913 lautend auf Konrad Rüssenberg von der Zahlstelle Köln-Sülz.

Achtung! Bezirk Hagen. Den Kollegen zur Kenntnis, daß sich das Bureau für den Bezirk Hagen ab 19. Juni in Bochum, Biemelhauserstraße 13, befindet. Alle Bezirksangelegenheiten, sowie Schreiben für den Unterzeichneten sind nach dort zu richten. Th e o d. Sä u s c h e n, Bezirksleiter.

Aufforderung. Wer den Aufenthalt des Kollegen Karl Root (Fleisenleger), geboren am 22. März 1884 zu Altenesch, Buch-Nr. 154 668, kennt, mache dem Kollegen Fr. Heinrich, Mülhausen t. E. sofort Mitteilung.

Achtung! Verwaltungsstelle Aachen. Achtung!

In der Zeit vom 1. bis 15. Juli müssen alle Mitglieder aus folgenden Zahlstellen ihre Mitgliedsbücher auf dem Bureau, Pontstraße 66, abgeben:

- Aachen (Maurer), Aachen (Stukkateure), Aachen (Stein-arbeiter), Aachen (Zimmerer), Aachen (Zementarbeiter), Aachen (Dachdecker), Altenberg, Brand, Eilendorf, Oberforstbach, Lichtenbusch, Raeren, Hanset, Richterich, Bocholtz, Simpelveld, Wylre, Gtillen, Mechelen, Nyswiller, Vaals, Valkenburg, Hilsberg, Houthen, Meerssen, Eys, Gemmenich und Spackholzerheide.

Die Zahlstellenkassierer und -Vorstände werden gebeten, die Bücher einzusammeln und an das Bureau abzuliefern. Möge es kein Kollege unterlassen, sein Buch abzugeben, damit die Eintragungen gemacht werden können. Das Buch ist ohne Futteral abzugeben. Nach der Eintragung werden die Mitgliedsbücher wieder durch die Kassierer sofort zurückgegeben. Die Mitglieder wollen ihre genaue Wohnung vorn in dem Mitgliedsbuch eintragen.

Der Verwaltungsstellenvorstand.

Versammlungskalender.

Gr. Blogau. Am 1. Juli, abends 6 Uhr, Versammlung im Vereinshaus.